

ENERGIE-INFO

Berichte und Nachrichten aus dem Energiebereich

Liebe Leserinnen und Leser,

zum zweiten Mal im Jahr 2015 Aktuelles aus den letzten drei Monaten: So zeigt Ihr Bildschirm die neueste Energie-Info an. Wieder gibt es eine Reihe von Informationen, die interessant, aber nicht „überall“ zu finden sind.

Weiterhin viele Meldungen zu den Themen „Klimawandel“ und „Atomenergie“ prägen einen großen Teil der Meldungen in der aktuellen Ausgabe. Auffällig ist, dass die Anzahl der positiven Meldungen in der letzten Zeit weniger wird!

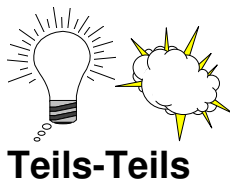
Wer Veränderungen vorschlagen möchte oder Kritik und / oder Anregungen hat: Meinungen bitte an meine Email-Adresse (siehe S.4).

Michael Carl

Redaktionsschluss: 08.05.2015

Inhaltsverzeichnis

Einführung	4
Literaturhinweise	4
Bundesrat: Fracking-Gesetz nicht akzeptabel.....	5
Wohnen in Windparknähe kein Gesundheitsrisiko.....	6
Immer höher, immer mehr: Windkraft boomt	7
Frachter mit Windantrieb.....	8
Ökostrom im Hunsrück weiter auf dem Vormarsch.....	10
Dreimal mehr Wasserstoff aus Mais produziert.....	11
Energieverbrauch in der EU gesunken.....	13
Zahlen zum Onshore-Wind.....	13
Gut beraten.....	14
Jobmaschine Energiewende.....	14
Straßenbeleuchtung: Bewegtes Licht.....	16
Strom zu Gas: Hoher Wirkungsgrad bei Thüga-Anlage.....	17
GKM-Blöcke 3 und 4 gehen Ende April vom Netz.....	17
NordLink wird gebaut.....	18
Storegio flexibilisiert Stromnetz.....	18
BUND fordert generelles Fracking-Verbot in Deutschland....	20
Radar Neuheilenbach: Verwaltungsgericht weist Klage zurück	20
Möglicherweise noch mehr Platz für Windräder.....	22
Windräder führen zu atmosphärischen Spannungen.....	24
Grüner Strom und jede Menge Streit:	
So läuft die Energiewende im Land.....	27
Bedenken gegen neue Hochspannungsleitung.....	28
Energiewende: Netzausbau oder Speicher?.....	30
Klimaschutz: EU beschließt Ziele.....	31
Die EU-Kommission will beim Gaseinkauf künftig mitreden....	31
Geothermie: Landesamt will weitere Gutachten.....	33
EnBW tief in der Verlustzone.....	34
Juwi verkauft Anteile an Pfalzwind.....	35
Dramatische Veränderung.....	36
BUND fordert erneut Stilllegung aller AKW.....	37
Aktuelle Zahlen zur Stromerzeugung.....	38





**Schlechte
Nachrichten**

Rekord: Zu viel CO2 in Atmosphäre.....	39
Golfstrom wird schwächer.....	39
Windpark kommt unter die Räder.....	40
„B 10 und Windräder nicht vergleichbar“.....	41
40 Jahre und noch länger.....	43
Fracking: „Probepbohrung“ am Bundeskanzleramt.....	44
Fracking wird nicht komplett verboten.....	46
Brief: Politiker Bouffier an Manager Großmann.....	46
Atommüll bleibt noch Jahrzehnte ungesichert.....	48
WAK will Lager für Atommüll erweitern.....	49
Vier Jahre nach Fukushima: Schrecken ohne Ende.....	50
Stromerzeuger setzen Politik unter Druck.....	52
Den Genossen ein Bein gestellt.....	53
Energieagentur schrumpft.....	54

Einführung

Die Energie-Info, herausgegeben vom Arbeitskreis Energie im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Rheinland-Pfalz, versucht in für die Umwelt gute und schlechte Nachrichten zu unterteilen. Dies ist natürlich nicht immer möglich, so dass stets auch einige Seiten neutraler Informationen enthalten sind.

Für Mitarbeiter an der Info: Der übliche Redaktionsschluss für die vier Ausgaben pro Jahr:

25.1., 25.4., 25.7., 25.10. jeden Jahres.

Meine Adresse: Michael Carl, Höhenweg 15, 56335 Neuhäusel

Tel.: 02620/8416; Fax: 950805 (nach tel. Anmeldung); E-Mail: michael.carl@t-online.de

Mein Dank gilt an dieser Stelle denjenigen Mitarbeitern, die mir freundlicherweise Material zukommen ließen, das ich zum Teil für diese Ausgabe der Info verwertet habe.

Literaturhinweise

Die Broschüren, Falblätter und Thesenpapiere sind bei der BUND-Landesgeschäftsstelle in 55118 Mainz, Hindenburgplatz 3 erhältlich.

➤ **Broschüren**

- „Positive Anlagen in Rheinland-Pfalz. - Sinnvolle Energieverwendung in bestehenden Anlagen“; Preis: 2,60 €.
- „Vorbild Kommune - Zukunftsfähige Energienutzung; Wo Zukunft schon begonnen hat: Rheinland-Pfälzer zeigen wie's geht“; Preis 2,70 €.
- „Fahrplan Energiewende Rheinland-Pfalz“ – Der BUND zeigt, wie es gehen kann

➤ **Faltblätter**

- | | |
|-------------------------------|----------------------------------------------------|
| • Solarstrom - Grundlagen | • Wechsel des Stromlieferanten |
| • Energiesparen beim Heizen | • Offene Kamine/Schornsteinfeger |
| • Der Gasherd | • Erneuerbare Energien-Gesetz |
| • Regeln zum richtigen Lüften | • Antriebsalternativen (Auto) |
| • Wärmepumpe | • Energiesparlampen |
| • Energie sparend Auto fahren | • Zukunftsfähige Energiepolitik |
| • Warmwasserbereitung | • Die zehn größten Probleme unseres Energiesystems |
| • Energie sparen | • Kochmulden |
| • Holznutzung | |
| • Contracting | |

➤ **Thesenpapiere:**

- | | |
|---------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------|
| • Thesen Windenergienutzung (neu seit April 2015) | • Thesen Fotovoltaiknutzung (Freiflächen) |
| • Thesen Geothermienutzung | • Wasserkraftnutzung in Klein- und Kleinstwasserkraftanlagen |
| • Nutzung von Biomassen | |

Bundesrat: Fracking-Gesetz nicht akzeptabel

„Der Schutz unseres Grundwassers vor Fracking muss grundsätzlich gelten, und zwar unabhängig davon, in welchem Gebiet, Gestein oder wie tief gebohrt wird, forderte die rheinland-pfälzische Umweltministerin Ulrike Höfken heute. Höfken begrüßte die Forderung des Bundesrates, das Fracking-Gesetz der Bundesregierung grundlegend zu überarbeiten. „Die Bundesregierung will erstmals das flächendeckende Vorsorgeprinzip für Grundwasser aufgeben, um Fracking zu ermöglichen“, kritisierte Höfken. Und das obwohl dieser ‚wasserrechtliche Besorgnisgrundsatz‘ sogar im Koalitionsvertrag stehe. „Die Bundesregierung bricht damit ihre selbst angelegten Maßstäbe. Das ist völlig unverständlich und nicht akzeptabel. Das zeigt auch die Kritik des Bundesrats. Die Botschaft der Länder ist deutlich. Die Fracking-Pläne der Bundesregierung stoßen auf erhebliche Ablehnung“, so Höfken.

Der Bundesrat will ein Fracking-Verbot an unkonventionellen Lagerstätten im Bergrecht einführen. Damit würde die besonders risikoreiche Gasförderung in harten Gesteinschichten wie Ton oder Schiefer verboten. „Solange die mit der Fracking-Technologie einhergehenden Gefahren für Mensch und Umwelt nicht sicher ausgeschlossen werden können, darf Fracking mit gefährlichen Chemikalien nirgendwo erlaubt werden“, betonte Höfken. Auch die Länderkritik mache dies deutlich.

Auf Initiative von Rheinland-Pfalz haben die Länder außerdem ein generelles Fracking-Verbot für Gebiete beschlossen, in denen Wasser für Lebensmittel und Getränkeherstellung entnommen werden sowie für Einzugsgebiete von Mineralwasservorkommen. Das sei für Rheinland-Pfalz von Bedeutung und ein Erfolg.

Die Bundesregierung will das Gesetz als nichtzustimmungspflichtiges Gesetz, also ohne Zustimmung der Länder durchziehen. Auch dagegen wehrt sich der Bundesrat auf Antrag von Rheinland-Pfalz.

Rheinland-Pfalz nutze gleichzeitig die begrenzten Möglichkeiten, die es auf Landesebene hat, um das Grundwasser vor den Risiken des Frackings zu schützen. Dazu werde derzeit das Landeswassergesetz neugefasst. „Der Vorsorgegrundsatz muss flächendeckend gelten: Wer fracken will, soll erst einmal nachweisen, dass keine Gefährdung des Grundwassers besteht“, macht Höfken deutlich.

PRESSEDIENST MINISTERIUM FÜR UMWELT, LANDWIRTSCHAFT, ERNÄHRUNG,
WEINBAU UND FORSTEN Mainz, 08. Mai 2015



Wohnen in Windparknähe kein Gesundheitsrisiko

Eine umfassende Studie des Massachusetts Institute of Technology (MIT) zeigt, dass Wohnen in der Nähe von Windparks die menschliche Gesundheit nicht beeinträchtigt. Die Studie berücksichtigt Auswirkungen auf die Gesundheit und untersucht, wie Stress, Lärm Schlafstörungen und andere Einflüsse in der Vergangenheit einen Zusammenhang mit dem Leben in der Nähe von Windkraftanlagen ergeben haben.

Die Studie fand heraus, dass es "keine klare oder einheitliche Zuordnung zwischen Lärm durch die Nähe von Windenergieanlagen" oder "Krankheit oder andere Indikatoren zur Schädigung der menschlichen Gesundheit" gibt.

Die MIT-Autoren prüfen eine Reihe von Fallstudien in Europa und den USA, um Auswirkungen von Infraschall und Lebensqualität für die Bevölkerung in der Nähe von Windparks zu bewerten.

Während es häufiger Beschwerden von Anwohnern in der direkten Umgebung beim Bau von Windparks gab, standen Technologien wie Gas- und Ölanlagen weit mehr in der allgemeinen öffentlichen Kritik.

Eine Fallstudie in Nordpolen, wo die größte Studie zum Lärm von Windenergieanlagen gemacht wurde, zeigte, dass die Bewohner neben Windparks darüber berichteten, die beste Lebensqualität zu haben und Bewohner die weiter als 1.500 Metern weg waren, meinten eine schlechtere Lebensqualität zu haben.

Der Bericht untersuchte zahlreiche Regionen mit Windparks und kommt zum Schluss, dass das Leben in der Nähe Windparks nicht zu Verschlechterungen führte sondern dass sogar sehr oft die Lebensqualität in der jeweiligen Region verbessert wurde.

Messungen von niederfrequenten Schall (LFN), Infraschall und tonalem Klang zeigten, dass Lärm von Häusern meist weit lauter war, während der Infraschall von Windkraftanlagen in der Regel deutlich unter der Hörbarkeit lag.

Vier große Windturbinen und 44 kleinere Anlagen wurden in den Niederlanden untersucht, aber Infraschall wurde nicht als Problem wahrgenommen und LFN Sound in Wohngebieten war sehr oft von anderen Lärmquellen wie z.B. aus dem Verkehrsbereich, dort wurden die Messwerte bei weitem überschritten.

[sfv-rundmail] vom 20.04.2015; Link zur Studie:

journals.lww.com/joem/Abstract/2014/11000/Wind_Turbines_and_Health__A



Immer höher, immer mehr: Windkraft boomt

Die Lobbyisten liefen Sturm: Mit seiner Kostenreform bremst Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel die Energiewende aus, hieß es 2014. Nun ist aber bei der Windkraft das Gegenteil passiert - ein zwölf Jahre alter Rekord wurde pulverisiert.

Auch im kleinsten Bundesland Bremen haben sie sechs neue Windräder aufgestellt. Nur zwei weniger als im großen und von einem grünen Ministerpräsidenten regierten Baden - Württemberg. Und sogar im zugebauten Berlin wurde 2014 ein Windrad errichtet. "Wir sprechen von außerordentlich guten Zahlen", meint der Präsident des Bundesverbands Windenergie, Hermann Albers, als er in Berlin Rekordergebnisse vorlegen darf.

Allen Steuerungsversuchen zum Trotz hat es den neuen Windkraftrekord gegeben. Statt der von Bundeswirtschaftsminister Gabriel (SPD) avisierten rund 2500 Megawatt wurden 1766 Windräder mit einer Leistung von 4750 Megawatt (MW) neu installiert - der alte Rekord von 2002 (3240 MW) wurde pulverisiert. Damit gibt es nun an Land 24.867 Windräder mit einer Leistung von 38.115 Megawatt.

Weil Gabriels Ausbaukorridor massiv überschritten wurde, sank automatisch die Förderung, die Bürger und Wirtschaft über ihren Strompreis zahlen. Ein Grund für den Rekord sind großzügigere Flächenzuweisungen, Albers spricht mit Blick auf den Atomausstieg "von einem Fukushima - Effekt", der die Behörden toleranter macht.

Die meisten neuen Anlagen wurden 2014 in Schleswig-Holstein gebaut. Niedersachsen, Brandenburg und Rheinland-Pfalz folgen in dem Ranking. Die Anlagen werden immer höher, der Durchschnitt betrug 116 Meter Nabenhöhe und 99 Meter Rotordurchmesser, die Leistung 2,7 Megawatt. In Zukunft sollen verstärkt an bestehenden Standorten alte durch leistungstärkere Anlagen ersetzt werden.

Zudem führte Gabriels Ökostromreform, die im August in Kraft getreten ist, zu einer Zunahme an Bauanträgen, um noch von der alten, höheren Förderung zu profitieren. Aber auch wenn Windstrom rund die Hälfte des produzierten Ökostroms ausmacht, verursacht er nur 20 Prozent der Förderkosten von zuletzt 23 Milliarden Euro im Jahr, die per Umlage auf die Strompreise abgewälzt werden.

4,4 Milliarden Euro wurden 2014 für die Windkraft abgewälzt, mehr als 10 Milliarden Euro hingegen für Solarstrom. Daher ist auch der Rekord wohl kaum spürbar bei den Stromkosten - der Windstrom trug im Gegenzug zudem zu geringeren Stromeinkaufspreisen bei. Viele Versorger haben die Strompreise im Januar daher leicht gesenkt.



ENERGIE-INFO SEITE 8

Überraschend: Auch das bisher störrische Bayern legte deutlich zu, mit 154 Windrädern (410 MW Leistung) landete der Freistaat auf Platz fünf der Länderwertung. Dabei hatte Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) betont: "Das macht mir Angst, ein Windrad nach dem anderen." Aber: Er ist genau genommen an dem Zuwachs schuld. Weil er eine Mindestabstandsregelung von bis zu zwei Kilometern zwischen Wohngebiet und Windrad einführte, wurden vorher noch rasch Anträge eingebaut - nun droht hier aber eher eine Flaute.

Während die teurere Solarenergie und Biomasse eingebrochen sind, sieht es bei der kostengünstigsten Ökoenergieform gut aus. Albers spricht von einem Gesamtinvestment von 6,2 Milliarden Euro 2014, rund 120.000 Arbeitsplätze hängen an der Branche. Aber die "Verspargelung" der Landschaft ist umstritten - zudem kommt der Leitungsbau nicht hinterher. Immerhin gibt es nun grünes Licht für die letzten Abschnitte der "Thüringer Strombrücke", die Windstrom aus dem Osten nach Bayern bringen soll, wo bald das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld vom Netz geht.

Die Superleitung soll der 800 Kilometer lange SuedLink werden, von Schleswig-Holstein bis nach Bayern und Baden-Württemberg. Ein Teilabschnitt soll als Erdkabel verlegt werden - umstritten ist, dass ein Stück durch Gabriels Wahlkreis führen könnte. Er setzt darauf, dass der Windkraftausbau besser gesteuert wird - und will eine baldige Abkehr vom üppigen Fördersystem mit auf bis zu 20 Jahre garantierten Geldern. Wie sehr der viele Windstrom die Netzbetreiber ins Schwitzen bringt, zeigte sich Anfang Januar - beim Orkan "Elon" wurden zeitweise 30.700 Megawatt eingespeist.

Aber diese Wetterkapriolen sind fast Kleinkram gegen den 20. März, der die Netzbetreiber umtreibt. Wenn es an dem Tag nicht bewölkt ist, drohen durch eine Sonnenfinsternis Turbulenzen. Dann könnten plötzlich bundesweit riesige Mengen Solarstrom wegfallen.

Rhein-Zeitung vom 30.1.15

Frachter mit Windantrieb

Ein Frachter, der wie ein Segelboot vom Wind angetrieben wird, soll die Schifffahrt umweltfreundlicher machen. Davon träumt der Norweger Terje Lade. Forscher vom Fraunhofer-Center CML in Hamburg sorgen dafür, dass das Schiff immer im optimalen Wind segelt.

Es sieht aus wie ein gigantisches Bügeleisen, das über die See gleitet. In der Animation teilt der 45 Meter hohe, fensterlose Koloss das Meer mit einer Eleganz, die zu seiner Masse in starkem Widerspruch steht. Das Schiff wird nicht von PS-starken, lärmenden Schwerölmotoren bewegt. Der Wind trägt es.



ENERGIE-INFO

SEITE 9

Ein Frachtschiff, das überwiegend vom Wind angetrieben wird - damit will der Norweger Terje Lade die Transportschifffahrt umweltfreundlicher machen. Auf hoher See profitiere sein Vindskip (zu Deutsch: Windschiff) von den Böen und verbrauche sehr viel weniger Energie als ein konventionelles, mit Schwer- oder Dieselöl betriebenes Schiff, sagt der Designer. Damit das funktioniert, ist der Rumpf geformt wie ein Segel. "Der Wind wird in Antriebsenergie umgewandelt", sagt Lade. "Wie bei einem Flugzeug. Nur dass es nicht nach oben, sondern nach vorn getrieben wird." Entscheidend ist, dass das Vindskip im optimalen Winkel zur Windrichtung segelt. Dafür sorgen Forscher des Fraunhofer-Centers für Maritime Logistik und Dienstleistungen (CML). Sie haben ein maßgeschneidertes Wetter-Programm entwickelt, das mit Hilfe von meteorologischen Daten die Route mit dem günstigsten Winkel zum Wind findet.

2020 treten verschärfte Umweltauflagen für die Seeschifffahrt in Kraft. "Mit unserem Wetter-Routing-Modul lässt sich berechnen, welchen Kurs das Schiff am besten fährt, um möglichst wenig Brennstoff zu verbrauchen und so die Kosten zu senken. Denn teurer Treibstoff macht einen Großteil der Kosten in der Schifffahrtindustrie aus", sagt Laura Walther, Wissenschaftlerin am CML in Hamburg. Außerdem könne das Schiff auf diese Weise Stürmen aus dem Weg gehen, fügt Terje Lade hinzu.

Der Prototyp, den der 53-jährige Lade zunächst als Transporter für Autos am Computer konzipiert hat, soll mit seinen 18 Knoten genauso schnell sein wie ein konventionell angetriebenes Schiff. Damit der Frachter auch bei Windstille konstant seine Geschwindigkeit halten kann, ist er zusätzlich mit einem Antrieb aus flüssigem Erdgas ausgestattet. Aufgrund des geringen Verbrauchs könne das Vindskip bis zu 70 Tage ohne Tanken auskommen, schätzen die Experten vom Fraunhofer CML. Damit erfülle das Schiff alle Anforderungen an die Wirtschaftlichkeit des Treibstoffverbrauchs sowie der Emissionsrichtlinien.

Das wird spätestens 2020 relevant, wenn die neuen Umweltauflagen der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (IMO) in Kraft treten. In bestimmten Gebieten dürfen Schiffe dann nur noch 0,1 Prozent Schwefel im Treibstoff haben, doch der höherwertige Kraftstoff mit weniger Schwefel ist teurer als das bislang genutzte Schweröl. Reedereien stünden vor der großen Herausforderung, ihre Treibstoffkosten zu senken und zugleich die Emissionsrichtlinien einzuhalten, erläutern die Wissenschaftler in Hamburg.

Und hier sieht der Norweger Lade sein Chance: "Schwefel verunreinigt die See und belastet die Garnelen und Krabben. Es muss etwas geschehen", sagt der 53-Jährige. Beim dänischen Großreeder Maller-Maersk in Kopenhagen ist man skeptisch. "Wir glauben nicht, dass windbetriebene Systeme in der nahen Zukunft eine bedeutende Rolle in der Containerschifffahrt spielen werden", sagt die Chefin für Nachhaltigkeit, Signe Bruun Jensen. Maersk habe mit dem Einsatz von zwei langsameren Motoren und zwei Propellern sowie einem erweiterten Abwärme-Rückgewinnungssystem gute Erfolge erzielt.



Die Forscher des Fraunhofer-Instituts sind der Ansicht, dass der Erfolg des Windschiffes oder anderer Schiffe mit Zugdrachen oder Segelaufbauten am Ende davon abhängt, wie schnell und pünktlich sie ihre Ware von A nach B bringen können und wie wirtschaftlich sie sind. Die Kosten und der Betrieb eines solchen Schiffes seien zurzeit schwer vorauszusagen, sagt die Ingenieurin Claudia Bosse. Trotzdem halten sie und ihre Kollegen das Projekt des Norwegers für revolutionär. Terje Lade jedenfalls lässt sich von Skeptikern nicht entmutigen. Eine Reederei hat er schon, die ihn unterstützt: die norwegische Firma Wilhelmsen. Für sein Schiff ist er optimistisch: „2019 stechen wir in See.“

Rheinpfalz vom 17.2.15

Ökostrom im Hunsrück weiter auf dem Vormarsch

In der Verbandsgemeinde Emmelshausen wird fast doppelt so viel Elektrizität produziert, als die rund 14500 Bürger und die Gewerbebetriebe insgesamt an Strom verbrauchen. Das geht aus dem neuesten Energiebericht hervor, den Umweltbeauftragter Christopher Beres dem VG-Rat jetzt vortrug.

Der Stromverbrauch innerhalb des Areals der VG Emmelshausen beträgt etwa 56 Millionen Kilowattstunden im Jahr. 51 Prozent des Stromes benötigen Industrie- und Gewerbebetriebe, 40 Prozent verbrauchen die Haushalte und 2 Prozent die Landwirtschaft. Bei 7 Prozent handelt es sich um Wärmestrom. Der Pro-Kopf-Stromverbrauch beträgt 3850 Kilowattstunden im Jahr.

Die Gesamtleistung aller erneuerbaren Energien lag im vorigen Jahr bei etwa 102 Millionen Kilowattstunden. 2011, als die VG-Verwaltung erstmals eine Energiebilanz präsentierte, verbrauchten Bürger und Betriebe etwa 50 Millionen Kilowattstunden Strom. An Ökostrom wurden im Gebiet der Verbandsgemeinde etwa 57 Millionen Kilowattstunden produziert.

Die mit Abstand ergiebigste Energieart unter den Erneuerbaren ist nach wie vor die Windkraft. Vor vier Jahren waren 16 Windräder am Netz. Die Anlagen in Norath (3), Bickenbach (8) und Lingerhahn (5) erzeugten zusammen 49,54 Millionen Kilowattstunden Strom, das waren 87 Prozent des produzierten Ökostromes. Bis 2014 ist die Zahl der Anlagen VG-weit auf 25 gewachsen. Die Windräder auf dem Gebiet von Badenhard (2), Bickenbach (8), Kratzenburg (4), Lingerhahn (5) und Norath (6) haben im vergangenen Jahr 93 Millionen Kilowatt Strom erzeugt. Das sind 91 Prozent des aus erneuerbaren Energien produzierten Stromes in der Verbandsgemeinde.



Mit großem Abstand hinter dem Wind tritt die Sonne als Stromproduzent in Erscheinung. Von den erzeugten 8,5 Millionen Kilowattstunden Solarstrom entfallen 6,17 Millionen auf private Fotovoltaikanlagen auf Hausdächern (Anteil an der Ökostromerzeugung: 6 Prozent) und 2,36 Millionen Kilowattstunden auf die Freifläche bei Gondershausen und die kommunalen Solardächer auf öffentlichen Gebäuden (2 Prozent). Die Zahl der Solaranlagen hat sich innerhalb von vier Jahren von 200 auf 413 mehr als verdoppelt. Bleibt noch die einzige Biomasse-Anlage in der VG. Die Einrichtung im Pfalzfelder Industriegebiet produzierte im vorigen Jahr 800 000 Kilowattstunden Strom, was einem Anteil von 1 Prozent entspricht.

Auch bei der Heizenergie gilt die Devise: Weg von fossilen Energieträgern. Auch da ist einiges geschehen: 2011 ging das Heizwerk der IGS in Betrieb, 2014 das Blockheizwerk für das Hallenbad. Die Rhein - Hunsrück - Entsorgung wirbt nun für den Anschluss des Rathauses, des Alten- und Pflegeheimes St. Hildegard und des Hochhauses in der Emmelshausener Henchenstraße an den Nahwärmeverbund. Damit ließe sich die CO₂-Emission weiter verringern. Bisher werden durch erneuerbare Energien in der VG jährlich 70 000 Tonnen CO₂ eingespart.

Energieeinsparung ist eine wesentliche Säule bei der Energiewende. Diesem Faktor trägt die öffentliche Hand mit der energetischen Sanierung zahlreicher Einrichtungen Rechnung. So wurden alle Grundschulen mit neuen Heizungsanlagen ausgestattet, die Kindergärten Karbach, Pfalzfeld und Halsenbach wurden ebenso erneuert wie die Gemeindehäuser Halsenbach, Gondershausen, Mermuth, Morshausen, Leiningen, Schwall und Birkheim.

Großes Potenzial an Energieeinsparung haben die Abwasseranlagen in der VG Emmelshausen. Sie verbrauchen jährlich 940 500 Kilowatt Strom. Das Einsparpotenzial nach entsprechender Sanierung wird mit 200000 Kilowattstunden im Jahr angegeben. Einen großen Stromfresser stellen die VG-weit etwa 2000 Straßenlampen dar. In diesem Bereich gibt es erheblichen Handlungsbedarf - nicht zuletzt wegen einer EU-Richtlinie, die jetzt umgesetzt werden muss (wir berichten noch).

Rhein-Zeitung vom 23.2.15

Dreimal mehr Wasserstoff aus Mais produziert

Wasserstoff gilt als umweltschonender Brennstoff. Ingenieure konnten die Erzeugung des Gases aus Ernteabfällen auf das Dreifache steigern.

Biokraftstoffe haben nicht den besten Ruf. Das liegt auch an dem hohen Aufwand, den man treiben muss, um aus Pflanzen Benzin, Methan oder Wasserstoff herzustellen.



Nun berichten Wissenschaftler über große Fortschritte bei der Produktion von Biowasserstoff aus Ernteabfällen.

Forscher um Percival Zhang von der Virginia Polytechnic Institute and State University in Blacksburg haben die Ausbeute verdreifacht. Sie konnte nach eigenen Angaben aus den häufigsten Kohlenhydraten der Pflanzenteile den maximalen Ertrag an Wasserstoff herausholen. Ihr Verfahren, das elf verschiedene Enzyme als Biokatalysatoren nutzt, sei ähnlich produktiv wie die industrielle Herstellung, schreiben die Forscher im Fachblatt "Proceedings of the National Academy of Sciences".

Wasserstoff hat im Vergleich zu Methan und anderen Kohlenwasserstoffen den Vorteil, dass bei der Verbrennung nur Wasser entsteht und kein klimaschädliches Kohlendioxid. Das Gas kann auch zum Antrieb von Autos eingesetzt werden - entweder in herkömmlichen Verbrennungsmotoren oder in Brennstoffzellen. Toyota hatte im Juni 2014 das weltweit erste Serienauto mit Brennstoffzellenantrieb präsentiert.

Als Ausgangsmaterial verwenden Zhang und Kollegen Stängel und Blätter von Maispflanzen. Diese behandeln sie in einem bereits bekannten Verfahren mit Enzymen und verdünnter Säure, sodass die langkettigen Kohlenhydrate Zellulose und Xylan in Glucose und Xylose aufgespalten werden. An diese beiden Einfachzucker wird eine Phosphatgruppe gehängt, bevor über weitere Enzymreaktionen der Wasserstoff (H_2) freigesetzt wird. Anschließend werden die um den Wasserstoff erleichterten Zuckermoleküle weitgehend recycelt.

Die optimalen Bedingungen für dieses Verfahren fanden die Forscher nicht nur im Labor, sondern auch über mathematische Berechnungen. Aus einer Vielzahl von Versuchsergebnissen erstellten sie ein virtuelles Reaktionsmodell. Darin variierten sie die Anteile der verschiedenen Enzyme und errechneten mit evolutionären Algorithmen die beste Lösung.

Ein Vorteil gegenüber früheren Verfahren sei, dass sie auf ein hitzeempfindliches Enzym verzichteten und so mit einer Reaktionstemperatur von 40 statt 32 Grad Celsius arbeiten konnten, schreiben die Forscher. Die Produktivität sei dadurch vergleichbar hoch wie in der industriellen Biogas- und Wasserstoffherstellung.

Noch dauert der Produktionsprozess allerdings recht lange. Den maximalen Wasserstoff ertrag erhielten die Forscher nach 78 Stunden. Sie hoffen aber, künftig hitzestabile Enzyme nutzen und die Reaktion durch höhere Temperaturen schneller ablaufen zu lassen.

URL: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/erneuerbare-energie-dreimal-mehr-wasserstoff-aus-mais-a-1027348.html> ; 07. April 2015



Energieverbrauch in der EU gesunken

Die Europäische Union importierte über die Hälfte (53 Prozent) ihrer Energie, Deutschland 62,7 Prozent. Den größten Anteil an der EU-internen Energieerzeugung hatte 2013 die Kernenergie (29 Prozent), gefolgt von erneuerbaren Energieträgern (24 Prozent), festen Brennstoffen (20 Prozent), Erdgas (17 Prozent) und Erdöl (9 Prozent). Die Zahlen hat das Statistische Amt der Europäischen Union, Eurostat, heute (Montag) veröffentlicht.

Insgesamt belief sich der Bruttoinlandsenergieverbrauch, also die zur Deckung des Inlandsverbrauchs erforderliche Energiemenge, der EU im Jahr 2013 auf 1.666 Mio. Tonnen Rohöleinheiten (Mio. t RÖE). Er lag damit auf demselben Niveau wie Anfang der 1990er Jahre und 9,1 Prozent unter dem Höchstwert von 1.832 Mio. t RÖE aus dem Jahr 2006.

Die EU selbst hat 2013 Energie in der Größenordnung von 790 Mio. t RÖE erzeugt. Folglich war sie für etwas mehr als die Hälfte (53 Prozent) ihres Energieverbrauchs von Einfuhren aus Drittländern abhängig. Von den fünf Mitgliedstaaten, die die größten Mengen an Energie verbrauchen, waren das Vereinigte Königreich (46,4 Prozent) und Frankreich (47,9 Prozent) am wenigsten auf Energieimporte angewiesen, im Gegensatz zu Deutschland (62,7 Prozent), Spanien (70,5 Prozent) und Italien (76,9 Prozent).

In Deutschland wurden 2013 insgesamt 120,6 Mio. t RÖE Energie erzeugt, davon 37,4 Prozent aus festen Brennstoffen, 27,9 Prozent aus erneuerbaren Quellen, 20,8 Prozent aus Kernkraft, 7,4 Prozent aus Erdgas, 3,4 Prozent aus nicht erneuerbaren Abfällen und 3,1 Prozent aus Erdgas.

Ausführliche Zahlen von Eurostat hier: <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/6614034/8-09022015-AP-DE.pdf/bbec42f3-200c-4fcd-9e86-8c1d0270cad5>

Europaticker aktuell vom 9.2.15

Zahlen zum Onshore-Wind

Die Windbranche in Deutschland hat im vergangenen Jahr 1.766 Onshore-Windkraftanlagen mit einer Leistung von 4.750 Megawatt (MW) neu installiert, 58 Prozent mehr als im Vorjahr mit 2.998 MW. Das hat die Deutsche WindGuard im Auftrag des Bundesverbandes Windenergie (BWE) und von VDMA Power Systems ermittelt. 544 Windenergieanlagen mit 364 MW wurden 2014 abgebaut. Damit liegt der Zubau bei 4.386 MW netto. Auch im Ersatzanlagengeschäft gab es mit weit über 1.000 MW einen neuen Rekord.



Der BWE führt den neuen Rekordzubau auf die großzügige Flächenausweisung der Landesregierungen zurück. Weltweit wurden 2014 nach Einschätzungen von VDMA Power Systems 44.000 MW an Land installiert, 31 Prozent mehr als 2013. Bloomberg Energy Finance taxiert den chinesischen Markt 2014 auf 20.700 MW und den US-Markt auf 4.700 MW. Für Deutschland erwarten Experten nächstes Jahr erneut einen starken Zubau zwischen 3.500 bis 4.000 MW netto.

ENERGIEDEPESCHE 1-2015

Gut beraten

Fachkundige Gebäudeenergieberater zeigen Hauseigentümern, wie sie optimal Energie und Geld einsparen können. Ihre Beratung ist außerdem eine Bedingung für die Gewährung von zinsgünstigen KfW-Sanierungskrediten und Zuschüssen. Diese nützliche Dienstleistung wird jetzt vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) stärker finanziell gefördert. Der maximale Zuschuss für Ein- und Zweifamilienhäuser wurde von 400 auf 800 Euro angehoben.

Für Wohneigentümergeinschaften gibt es mit der jüngsten Änderung ebenfalls Verbesserungen: Die BAFA gewährt einen Zuschuss in Höhe von 100 Prozent der förderfähigen Beratungskosten für die zusätzliche Erläuterung des Energieberatungsberichts in einer Wohnungseigentümerversammlung oder einer Beiratssitzung, gedeckelt jedoch auf 500 Euro.

Informationen zur höheren Förderung:
www.bafa.de/bafa/de/energie/energiesparberatung

Jobmaschine Energiewende

Die Energiewende ist eine Jobmaschine. Der Ausbau der Ökoenergien hat die Zahl der Arbeitsplätze in der Energiebranche und anderen Sektoren der Wirtschaft im vergangenen Jahrzehnt bereits deutlich ansteigen lassen und wird, wenn sie nicht abgewürgt wird, die Jobchancen auch in Zukunft deutlich erhöhen - trotz des Rückgangs der Beschäftigung in den Bereichen Atom- und Kohlestrom. Das zeigen die Ergebnisse einer neuen Studie, die für das Bundeswirtschaftsministerium erstellt wurde. Die Untersuchung ist bisher noch nicht veröffentlicht worden. Ihre Ergebnisse liegen der Frankfurter Rundschau und dem Fachmagazin „neue energie“ vor.



ENERGIE-INFO

SEITE 15

Wird die Energiewende weiter forciert, entstehen laut der Studie durch den Erneuerbaren-Sektor in der gesamten Volkswirtschaft bis zum Jahr 2030 rund 100.000 Arbeitsplätze mehr als ohne den Umstieg von den fossilen Energien zu Sonne, Wind und Biomasse. Bis 2040 liegt das Job-Plus sogar bei 190.000 und 2050 bei über 230.000 Stellen.

Für den Fall, dass sich der Export der Öko-Energietechnik made in Germany besonders gut entwickelt, steigen die Zahlen sogar noch höher. Das Ausbau-Szenario folgt der "Leitstudie" für den Ausbau der erneuerbaren Energien bis 2050, die das Bundesumweltministerium 2012 erstellt hat. Dagegen gestellt wird ein Szenario, bei dem der Ausbau von Sonne, Wind und Biogas nur sehr langsam voranschreitet und der Energiebedarf weiterhin überwiegend mit Kohle, Erdöl und Erdgas gedeckt wurde.

Die Studie gewinnt besondere Brisanz durch die aktuell heftige Debatte über die Kohlepolitik von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD). Er will einen "nationalen Klimabeitrag" einführen, um eine Stilllegung eines Teils der alten, besonders ineffizienten Kohlekraftwerke zu erreichen, die besonders viel CO₂ ausstoßen. Dagegen machen nicht nur die Gewerkschaften IG BCE und Verdi mobil, sondern auch die SPD-geführten Landesregierungen der Braunkohle-Länder NRW und Brandenburg sowie der Wirtschaftsflügel der Union. Bis zu 100.000 Jobs seien durch Gabriels Pläne gefährdet, heißt es bei den Kohlefreunden, was viele Energieexperten allerdings für weit überzogen halten. Die neue Studie geht von einem Abbau bei den traditionellen Energieversorgern um 16.000 Stellen bis 2020 aus.

Die 200 Seiten starke neue Studie belegt nun, dass die Energiewende in der Branche insgesamt bereits zu einem starken Jobzuwachs geführt hat. Zwischen 2004 und 2013 stieg die Zahl der Arbeitsplätze im Bereich Erneuerbare von 106.500 auf 371.400. Es habe sich "im Laufe der Jahre eine innovative und international erfolgreiche Industrie herausgebildet", urteilen die Institute in der vorläufigen Endfassung der Studie. Die Jobzahl hatte 2012 sogar noch höher gelegen, nämlich bei 399.000. Der Rückgang von 2012 auf 2013 war vor allem vom Einbruch bei Produktion, Verkauf und Installation von Solarstrom-Anlagen verursacht - eine Folge der drastischen Förderkürzungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), die von der schwarz-gelben Koalition eingeleitet wurden.

Die Experten stellen klar, dass die Erneuerbaren-Jobmaschine nur dann rund weiterläuft, wenn der dezentrale Ausbau der Ökostrom-Erzeugung unter starker Beteiligung von Firmen kleiner und mittlerer Größe beschleunigt weitergeht - eine indirekte Spitze gegen die schwarzrote Politik, durch die zum Beispiel der Solar-Zubau weiter eingebrochen ist.



Zudem kritisieren sie, dass der Markt der Öko-Wärme (Solarheizungen, solare Warmwasserbereitung, Pelletheizungen) und die Energieeffizienz als zweite Säule der Energiewende zu wenig gefördert würden. Bessere Politik brauche es auch im Bereich Bio-Treibstoffe. Hier fehle es an den "notwendigen Strategien für nachhaltige Biomassenutzung".

Diese Kritik dürfte im Gabriel-Ministerium nicht unbedingt positiv angekommen sein. Das könnte Grund dafür sein, dass die vor vier Monaten fertiggestellte Studie noch nicht veröffentlicht wurde, obwohl das für Herbst 2014 angekündigt war. Das Ministerium teilte auf Anfrage mit, es habe "einige Rückfragen" an die Institute zum Endbericht gegeben, was zu einer "Überarbeitung" geführt habe. Wann die Studie nun präsentiert wird, steht noch nicht fest. "Die Arbeiten zur finalen Abnahme werden in Kürze abgeschlossen", hieß es. An dem Forschungsprojekt waren das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Prognos, das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) und die Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturforchung (GWS) beteiligt.

Frankfurter Rundschau vom 24.4.15

Straßenbeleuchtung: Bewegtes Licht

Die Städte Friedberg und Königsbrunn erhielten eine Auszeichnung für ihr Straßenbeleuchtungsprojekt "Bewegtes Licht" und gehören damit zu den 100 "Ausgezeichneten Orten im Land der Ideen" 2014/15.

Mit dem innovativen LED-System lassen sich Straßenleuchten automatisch dimmen. Straßen oder Wege bleiben im Schummerlicht, solange sie niemand nutzt. Nähert sich ein Fußgänger oder Rad- oder Autofahrer, erfasst ihn der Bewegungssensor und fährt die Leuchte hoch. Dann gibt der Sensor das Signal an die nächste Leuchte weiter, die ebenfalls hochfährt. Das Licht begleitet den Verkehrsteilnehmer so auf seinem Weg. Nach der programmierten Haltezeit dimmen die Leuchten in den energiesparenden Zustand zurück. Damit lässt sich Energie sparen und zugleich die Sicherheit auf den Wegen gewährleisten.

Energiedepesche 1-2015



Strom zu Gas: Hoher Wirkungsgrad bei Thüga-Anlage

Die Erwartungen übertroffen hat hinsichtlich des Wirkungsgrades bei der Umwandlung von Strom in Methan eine Demonstrationsanlage der Thüga-Gruppe, München.

Die Anlage ist die erste in Deutschland; die Strom per Elektrolyse in Methan umwandelt, das direkt ins Erdgasnetz eingespeist wird (wir berichteten). Sie steht in Frankfurt und erreichte im ersten von drei Belastungstests einen Wirkungsgrad von bis zu 77 Prozent, bezogen auf den Brennwert. Analysiert wurden auch Regelgeschwindigkeit, Lastverhalten und Gasqualität. Auch hier erreichte die Anlage, die vom hessischen Wirtschaftsministerium und der EU gefördert wird, gute Werte. Demnach kann sie sehr schnell hoch- und heruntergefahren werden. Das ist wichtig, um dann, wenn Überschussstrom aus Sonnen- oder Windkraft oder aus konventionellen Kraftwerken vorhanden ist, rasch eine höhere Umwandlungsleistung zu erbringen. Damit trägt die Anlage, die die Größe zweier Baucontainer hat und in der Leistung den Anforderungen der Millionenstadt Frankfurt angepasst ist, zur Stabilität des Stromnetzes bei. Die Präqualifizierung für die Teilnahme am Markt für sogenannte Sekundärregelleistung laufe bereits.

Rheinpfalz vom 20.2.15

GKM-Blöcke 3 und 4 gehen Ende April vom Netz

Vorgestern, dem allerletzten Tag, an dem der 1966 in Betrieb gestellte Block 3 der Großkraftwerk Mannheim (GKM) AG in Reservebereitstellung war, ging der Kraftwerksblock tatsächlich noch einmal ans Netz. Endgültig abgeschaltet werden er und Block 4 Ende April, wie das GKM gestern Abend mitteilte.

Hintergrund war laut GKM das Sturmtief Niklas. Die Übertragungsnetzbetreiber aus Deutschland, Österreich, Italien und der Schweiz hätten für den Zeitraum, für den der Sturm vorausgesagt war, Netzreserve von bis zu 4200 Megawatt (MW) aktiviert gehabt. Block 3 habe rund 19 Stunden lang die Leistung bereitgestellt, die benötigt worden sei, "um eine sichere Energieversorgung der Menschen und Unternehmen in Mannheim und der Metropolregion Rhein-Neckar zu gewährleisten".

Nach jeweils über 300.000 Betriebsstunden gehen die beiden Blöcke Ende April endgültig außer Betrieb. Block 4 war 1970 in den Regelbetrieb genommen worden. Block 3 war seit 2006 im Reservestatus. Beide Blöcke verfügen über jeweils 220 MW Leistung und erreichen einen Wirkungsgrad von gut 41 Prozent.



Ersetzt werden sie ab Mai durch den derzeit im Probetrieb befindlichen Block 9 mit 911 MW Leistung. Der neue Steinkohle-Block ist effizienter als die 50 und 46 Jahre alten Vorgänger: Er erreicht 46,4 Prozent Wirkungsgrad und eine Brennstoffausnutzung von bis zu 70 Prozent. Nach der Stilllegung der Altanlagen sollen laut GKM in den kommenden Monaten die Schornsteine der Blöcke 3 und 4 "als weithin sichtbares Signal für ihren Stillstand" zurückgebaut werden.

Rheinpfalz vom 2.4.15

NordLink wird gebaut

Deutschland und Norwegen werden durch ein großes Seekabel verbunden und sollen sich gegenseitig mit Strom versorgen. Im norwegischen Haugesund wurde ein Vertrag für den Bau des 623 Kilometer langen Gleichstrom-Seekabels NordLink unterzeichnet, mit dem beide Länder durch die Nordsee Ökostrom austauschen wollen. Die Investitionen sollen bei 1,5 bis 2 Milliarden Euro liegen. Da Deutschland im Norden oft zu viel Strom produziert, könnte dieser dank der Strombrücke künftig in Pumpspeicherkraftwerken in Norwegen gespeichert und bei Bedarf zurückgeleitet werden. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) sieht darin ein wichtiges Signal: "Wir unterstützen diese neue Seekabelverbindung, denn sie ist ein weiterer wichtiger Schritt zu mehr Versorgungssicherheit für Deutschland, aber auch für Norwegen."

Rhein-Zeitung vom 11.2.15

Storegio flexibilisiert Stromnetz

Der 2013 gegründete, in Ludwigshafen ansässige Verein Storegio Energiespeichersysteme entwickelt zusammen mit Partnern eine Handelsplattform für schwankende Strommengen auf der Ebene der Verteilnetze. Das Projekt mit einem Volumen von 4 Millionen Euro wird vom Bundeswirtschaftsministerium mit 3 Millionen Euro gefördert.

Die Niederspannungs- oder Verteilnetze sind in der Summe die längsten Leistungsnetze, denn sie bringen den "Haushaltsstrom" zu den Endverbrauchern. Fast 1,2 Millionen Leitungskilometer umfasst das Niederspannungsnetz in Deutschland. Zum Vergleich: Das gesamte deutsche Stromnetz misst rund 1,8 Millionen Leitungskilometer. An den Verteilnetzen in Deutschland hängen immer mehr dezentrale Einspeiser: Wind- und Sonnenstromanlagen, die wetterabhängig und damit unregelmäßig Energie produzieren. Diese Schwankungen müssen ausgeglichen werden.



ENERGIE-INFO

SEITE 19

Bisher geschieht das auf der Ebene der Übertragungsnetze, die dadurch zunehmend belastet sind. Regionale Ausgleichsmechanismen könnten den Regelbedarf im Übertragungsnetz verringern und die Übertragungsnetze entlasten - das ist das Ziel des nun angestoßenen und von Storegio geleiteten Projekts. Konkret soll eine Cloud-basierte Handelsplattform entwickelt werden, an die sich Anbieter von Speicherpotenzialen über eine gesicherte Kommunikationsverbindung anschließen können.

Für den noch jungen Verein Storegio, der inzwischen 82 Mitglieder zählt - darunter der Chemieriese BASF sowie die Versorger Pfalzwerke, Ludwigshafen, MW Energie, Mannheim, und die Stadtwerke Speyer - ist der Zuschlag für das Projekt mit dem Namen Flex4Energy nicht unbedeutend: Als Konsortialführer zeichnet Storegio für die Gesamtsteuerung verantwortlich.

Einer der Partner bei der Entwicklung der geplanten Handelsplattform ist das Fraunhofer Institut für experimentelles Software-Engineering (IESE) in Kaiserslautern, das auch Mitglied bei Storegio ist. Es verantwortet den wesentlichen Aspekt der Sicherheit. Gewährleistet sein muss dabei der Schutz vor unerlaubtem Zugriff. Vermieden werden müssen zudem instabile Betriebszustände. Betreiber der Handelsplattform mit Pilotcharakter ist das Energieunternehmen HSE in Darmstadt. Als Speicher, in denen die zu vermarktenden Strommengen zwischengelagert werden können, wird unter anderem ein Speichersystem der Firma Ads-Tec Nürtingen, eingesetzt. Das Unternehmen entwickelt und produziert Lithium-Ionen Batteriespeicher inklusive IT-Management-Systemen.

"Mit dem Projekt leisten die Partner einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung eines dezentralisierten Energiesystems auf Basis erneuerbarer Energien", so Storegio-Geschäftsführer und Projektleiter Peter Eckerle. "Neben den technischen Herausforderungen möchten wir uns in dem Projekt insbesondere auch der Wirtschaftlichkeit der dazu anstehenden Investitionen und damit verbundener Geschäftsmodelle widmen", betont er. Tatsächlich stellt ein bisher ungelöstes Problem die Bepreisung solcher Dienste dar. Zum einen kostet die Anschaffung von Speicherkapazitäten, zum anderen unterliegen sie einer Abnutzung, denn jeder Batteriespeicher hat nur eine begrenzte Anzahl von Ladezyklen. Das Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme (ISE), Freiburg, wird als Projektpartner an dem für die Vermarktung nötigen Design arbeiten.

Rheinpfalz vom 11.4.15



BUND fordert generelles Fracking-Verbot in Deutschland.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) forderte von der Bundesregierung anlässlich der heutigen Verbändeanhörung zu deren Fracking-Gesetzespaket, den Einsatz der Fracking-Technologie in Deutschland nicht zuzulassen. Es reiche nicht, Fracking lediglich auf einem Siebtel der Fläche Deutschlands auszuschließen und es auf sechs Siebtel zu ermöglichen, sagte die BUND-Klimaexpertin Ann-Kathrin Schneider. Die Anwendung der Fracking-Technologie zur Exploration von Erdgas oder Erdöl berge inakzeptable ökologische Risiken, sei klimapolitisch kontraproduktiv und verzögere die Energiewende, so Schneider.

„Die schottische Regionalregierung hat jetzt entschieden, Fracking nicht zuzulassen. Auch in der Bundesregierung muss sich die Erkenntnis durchsetzen, dass die Energiewende nur gelingen kann, wenn konsequent auf erneuerbare Energien umgestiegen wird. Der Ausstieg aus fossilen Energiequellen und mehr Energieeffizienz müssen im Klimaschutzjahr 2015 entschieden vorgebracht werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel wird beim kommenden G-7-Gipfel und bei der Weltklimakonferenz Ende des Jahres in Paris nur überzeugen können, wenn auf der politischen Agenda der Klimaschutz ganz oben steht. Ein Fracking-Erlaubnis-Gesetz macht die Bundesregierung unglaubwürdig“, sagte die BUND-Klimaexpertin Ann-Kathrin Schneider.

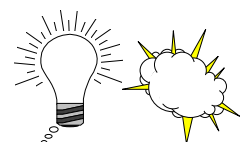
Hinzu kämen unkalkulierbare Risiken für Boden und Gewässer. Direkt Betroffenen bzw. Anwohnern räume das Fracking-Gesetzespaket außerdem keine Mitsprachemöglichkeiten ein. Anstatt eines Fracking-Erlaubnis-Gesetzes hatten der BUND und der Deutsche Naturschutzring DNR schon seit längerem eine grundsätzliche Reform des Bergrechts inklusive des generellen Verbots von Fracking gefordert.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter: www.bund.net/fracking

Pressekontakt: Rüdiger Rosenthal, BUND-Pressesprecher, Tel. 030-27586-425/-489, Mobil: 0171-8311051; E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net

Radar Neuheilenbach: Verwaltungsgericht weist Klage zurück

Der vom Eifelkreis genehmigte Bau von Windrädern bei Matzerath und Eilscheid beeinträchtigt die Funktion des Wetterraders in Neuheilenbach gravierend. Das zumindest ist die Meinung des Deutschen Wetterdiensts, die sich jedoch nicht mit der Auffassung des Verwaltungsgerichts Trier deckt. Dort nämlich wurde nun eine entsprechende Klage gegen den Kreis zurückgewiesen.



ENERGIE-INFO

SEITE 21

Auf der aktuellen Wetterkarte des Deutschen Wetterdiensts (DWD) ist von dem Tief, das sich über dem Wetterradar in Neuheilenbach gebildet hat, nichts zu sehen. Und das, obwohl die ersten Ausläufer dieses Tiefdruckgebiets die DWD-Zentrale in Offenbach längst erreicht haben. Allerdings nicht als Niederschlag, sondern in Form einer schlechten Nachricht. Und die kommt vom Verwaltungsgericht Trier, wo die Richter eine Klage des Wetterdiensts zurückgewiesen haben.

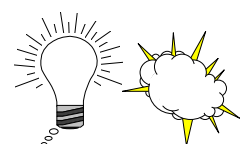
Derjenige, gegen den diese Klage eingereicht wurde, ist der Eifelkreis Bitburg-Prüm. Dieser hat bereits vor drei Jahren den Bau einer Windkraftanlage in Matzerath sowie die Errichtung von zwei weiteren Anlagen bei Eilscheid genehmigt. Nach Auffassung des DWD hätte der Kreis das jedoch nicht tun dürfen. Denn die drei geplanten Anlagen liegen in der Schutzzone des Wetterradars in Neuheilenbach.

Die Radarstation ist von den vorgesehenen Windkraftstandorten zwar rund zehn Kilometer entfernt, doch hat der dem Bundesverkehrsministerium unterstellte Wetterdienst für seine Radarstationen Abstandskriterien festgelegt. Demnach ist die Errichtung neuer Windräder im Fünf-Kilometer-Radius um das Radar nicht erlaubt und im Umkreis von fünf bis 15 Kilometern auch nur in gestaffelter Höhenbegrenzung. Der DWD begründet die Vorgaben damit, dass von den Windkraftanlagen Störsignale ausgehen, die vom Radar nicht richtig zugeordnet werden können. Inwieweit das tatsächlich der Fall ist, wurde zwischenzeitlich von einem gerichtlich beauftragten Gutachter geprüft.

Nach Ansicht des Sachverständigen, der bei der Verhandlung am Trierer Verwaltungsgericht sein Gutachten präsentierte, verursachen die Anlagen durchaus Störungen. Allerdings sei es technisch und mit vertretbarem Aufwand möglich, die Funktion des Wetterradars so zu verändern, dass dadurch die negativen Einflüsse durch die Windräder minimiert werden könnten (der TV berichtete).

Wie es scheint, sehen die Richter das ähnlich. "Wir werden die schriftliche Urteilsbegründung abwarten und dann entscheiden, wie es weitergeht", sagt DWD-Sprecher Uwe Kirsche. Da eine Berufung zugelassen ist, hat der Wetterdienst die Möglichkeit, seine Klage in der nächsthöheren Instanz durchzusetzen. Dass er das versuchen wird, davon geht Hermann-Josef Philipps auch aus. Er ist Mitgeschäftsführer der C4-Gesellschaft zur Förderung regenerativer Energien, die für das in Wutzerath geplante Windrad zuständig ist.

Philipps ist froh über die Entscheidung des Verwaltungsgerichts, aber auch stinksauer auf den DWD. So habe der Wetterdienst im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zunächst keine Stellungnahme abgegeben, sagt der Windkraftbetreiber. Und das auch trotz erneuter Erinnerung nicht. "Erst als die C4 die Infrastrukturarbeiten für die Windkraftanlage weitestgehend abgeschlossen und bereits mehr als 200 000 Euro für Kabel und elektrische Steuerungsanlagen investiert hatte, legte der DWD im April 2013 Widerspruch gegen die Genehmigung vom April 2012 ein", fügt er hinzu.



Doch die "äußerst befremdliche Vorgehensweise" ist nicht das Einzige, womit Philipps und sein Anwalt Edgar Haubrich aus Bitburg ein Problem haben. Nach Meinung des Anwalts handelt es sich bei der Wetterradaranlage in Neuheilenbach nämlich um einen "Schwarzbau", der ohne Genehmigung errichtet wurde. Und von dem eine hohe Strahlenbelastung für die Menschen in der Umgebung ausgehe. Bislang sei diese Belastung nie wirklich getestet worden, kritisiert Philipps. Doch möglicherweise wird auch damit bald ein Gutachter beauftragt. Denn laut Philipps ist geplant, in den kommenden Wochen eine Bürgerinitiative zu gründen, die mit einer Klage gegen den Deutschen Wetterdienst die Rechtmäßigkeit und die Strahlenbelastung des Radars gerichtlich überprüfen lassen wird.

Trierischer Volksfreund vom 10.4.15

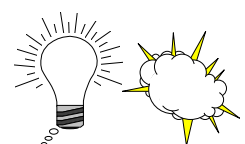
Möglicherweise noch mehr Platz für Windräder

Nachdem das Verwaltungsgericht Trier die Klage des Deutschen Wetterdienstes gegen die Errichtung von Windrädern im Umfeld des Wetterradars in Neuheilenbach abgewiesen hat (der TV berichtete), wird die Schutzzone um das Radar immer löchriger. Gleiches gilt auch für die Tabuzone um das Drehfunkfeuer bei Nattenheim.

Zu viel Arbeit und zu wenig Personal haben dazu geführt, dass die Urteilsbegründung dann doch etwas länger auf sich warten ließ als zunächst gedacht. Doch nun haben die Richter des Verwaltungsgerichts Trier ihre Hausaufgaben gemacht. Gut einen Monat nach der Urteilsverkündung liegt jetzt auch die schriftliche Begründung vor.

Geklagt hatte der Deutsche Wetterdienst (DWD), und zwar gegen den Eifelkreis Bitburg-Prüm. Der Grund: Der Eifelkreis hatte bereits vor drei Jahren den Bau einer Windkraftanlage in Matzerath sowie die Errichtung zweier weiterer Anlagen bei Eilscheid genehmigt. Nach Auffassung des DWD hätte der Kreis das nicht tun dürfen. Denn die drei geplanten Anlagen liegen in der 15-Kilometer-Schutzzone des vom DWD betriebenen Wetterradars in Neuheilenbach (siehe Extra).

Letzteres ist zwar unstrittig, doch nach Auffassung des Verwaltungsgerichts kein Grund, die vom Kreis erteilten Genehmigungen wieder aufzuheben. Zwar stehe fest, "dass die störungsfreie Funktion des Wetterradars durch die Windkraftanlagen beeinträchtigt würde, weil es zu Fehl-echos komme", heißt es seitens des Gerichts. Jedoch "habe der Sachverständige sowohl in seinem Gutachten als auch in der mündlichen Verhandlung überzeugend dargelegt, dass den zu erwartenden Fehlermeldungen durch eine geeignete Veränderung der Datenverarbeitung des Wetterdienstes entgegengewirkt werden könne".



Der DWD hat nun einen Monat Zeit, um gegen dieses Urteil vor dem Oberverwaltungsgericht in Koblenz Berufung einzulegen. Doch ist der Wetterdienst derzeit nicht der Einzige, der aufgrund dieser Entscheidung womöglich Anwälte mit neuer Arbeit versorgt. Denn das Urteil der Richter aus Trier kommt nicht nur den Investoren der drei geplanten Anlagen bei Eilscheid und Matzerath entgegen, sondern auch anderen Windkraftbetreibern.

So hatte der Rat der Verbandsgemeinde Bitburg-Land bei seiner derzeit laufenden Fortschreibung des Flächennutzungsplans für den Bereich Windkraft bereits bestimmte Abstandszonen festgelegt. Und das nicht nur für das Wetterradar, sondern auch für das von der Deutschen Flugsicherung (DFS) betriebene Drehfunkfeuer bei Nattenheim. Ähnlich wie der Wetterdienst sieht die DFS die Funktion ihrer für den Flugverkehr verwendeten Anlage durch Windkraftanlagen beeinträchtigt.

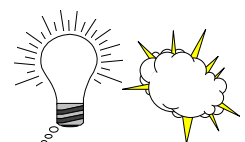
Die Flugsicherung beharrt ebenfalls auf einen Schutzabstand von 15 Kilometern. Weil aber bei Berücksichtigung dieser beiden Schutzzonen im Bitburger Land kaum noch Fläche für neue Windkraftprojekte übrig bliebe und diese Sperrzonen zudem - wie nun erneut durch das Urteil der Trierer Richter bestätigt - umstritten sind, hatte sich der Rat darauf verständigt, bei der Ausweisung neuer Vorrangflächen für Windkraft um das Drehfunkfeuer lediglich einen Schutzabstand von drei Kilometern und beim Wetterradar einen Abstand von fünf Kilometern einzuhalten.

Wie VG-Bürgermeister Josef Junk auf Anfrage erklärt, sei allerdings nicht ausgeschlossen, dass man mit den Vorrangflächen nun noch näher an das Wetterradar und das Drehfunkfeuer rücke. Grund dafür sei zum einen die nach wie vor unklare Rechtslage, aber auch der Druck der Gemeinden und Investoren auf die VG. "Wenn wir die Schutzabstände anerkennen, haben die Investoren die Möglichkeit, unseren Flächennutzungsplan anzugreifen", sagt Junk. Gleichzeitig aber könne die VG die Schutzzonen auch nicht komplett ignorieren, fügt er hinzu. Denn das würde dazu führen, dass der Kreis den Flächennutzungsplan nicht genehmigt.

Extra

Das Wetterradar in Neuheilenbach ist zwar von den vorgesehenen Windkraftstandorten rund zehn Kilometer entfernt, doch hat der dem Bundesverkehrsministerium unterstellte Wetterdienst für seine Radarstationen Abstandskriterien festgelegt. Und demnach ist die Errichtung neuer Windräder im Fünf-Kilometer-Radius um das Radar gar nicht erlaubt und im Umkreis von fünf bis 15 Kilometern nur in gestaffelter Höhenbegrenzung. Der DWD begründet das damit, dass von den Windkraftanlagen Störsignale ausgehen, die vom Radar nicht richtig zugeordnet werden können. Was das Drehfunkfeuer bei Nattenheim betrifft, so gibt es dort keine Höhenstaffelung, sodass die Deutsche Flugsicherung im 15-Kilometer-Radius gar keine neuen Anlagen dulden will - egal wie hoch sie sind.

Trierischer Volksfreund vom 6.5.15



Windräder führen zu atmosphärischen Spannungen

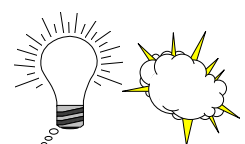
Windräder. Für den einen sind sie ein Zeichen des Aufbruchs in ein neues Energiezeitalter. Für den anderen hässliche Stahlgiganten, die die Landschaft verschandeln. Überall in der Region werden derzeit Flächen für Windparks ausgewiesen. Und fast überall prallen Gegner und Befürworter aufeinander.

So viele Hoffnungen sind mit der Windkraft verbunden. Es geht dabei nicht nur um den Wunsch nach sauberer, sicherer Energie, sondern auch um finanzielle Interessen. Dörfer, die sich sonst bei jedem Blümchen, das sie auf dem Dorfplatz pflanzen, bei jeder kaputten Kinderschaukel oder jedem zu füllenden Schlagloch fragen müssen, wie sie das finanzieren sollen, hoffen, dank der Windenergie wieder ein bisschen Handlungsspielraum zu bekommen. Kommunale Wälder und Weiden, über denen der Wind zügig weht, bieten Aussicht auf ein bisschen Wohlstand.

So mancher Dorfbewohner hingegen fürchtet die Aussicht auf fast 200 Meter hohe Stahlgiganten. Furcht gibt es auch vor Schattenwurf, den ungewissen gesundheitlichen Auswirkungen des Schalls, dem Wertverlust des Eigenheims oder der möglichen Naturzerstörung. Wo Windkraftflächen geplant werden - und das geschieht derzeit fast in allen Verbandsgemeinden der Region Trier -, gibt es nahezu unausweichlich Gegenwind.

Bürger sammeln Unterschriften (so wie kürzlich in Zemmer oder Neuerburg), sie wünschen sich Bürgerentscheide (wie in Heidenburg), Gemeinden klagen über die Pläne anderer Gemeinden (so wie aktuell in Paschel, VG Kell), Antiwindkraftgruppierungen werden in die Räte gewählt, die Diskussionen sind hitzig und nicht selten gibt es Streit. Wie der eskalieren kann, zeigte sich vor einigen Wochen in der Vulkaneifel: Ortsbürgermeister drohten an, sich nicht mehr an touristischen Projekten zu beteiligen, wenn der Verbandsgemeinderat Kelberg den vorgeschriebenen Abstand der Anlagen zu den Dörfern von 900 auf 1000 Meter erhöht. Die Wählergruppe "Sturm im Wald" warf den Ortschefs daraufhin Geldgier und Erpressung vor.

Nicht immer geht der Streit so weit. Doch debattiert wird überall. "Das fordert den Räten sehr viel ab", sagt Aloysius Söhngen (CDU), Bürgermeister der Verbandsgemeinde Prüm und Vorsitzender des Gemeinde- und Städtebundes. Während andere der Landesregierung vorwerfen, Unfrieden gestiftet zu haben, als sie den Kommunen die Planungsverantwortung übertrug, findet Söhngen es trotz aller Diskussionen richtig, die Basis entscheiden zu lassen. Schließlich hätten die unmittelbar Betroffenen so die Gelegenheit, ein Wort mitzureden. Auch das Klimaschutzministerium in Mainz betont, dass die Bürger nur so beteiligt werden könnten.



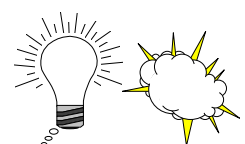
Doch selbst, wenn sich alle einig sind, läuft noch lange nicht alles glatt. Bis sich ein Windrad dreht, gibt es jede Menge Hindernisse zu überwinden. Da gibt es Konflikte mit Betreibern von Wetterradarstationen wie in Neuheilenbach oder Probleme mit Flughäfen und Funkfeuern wie in Nattenheim. "Die Zusammenarbeit mit den zuständigen Bundesbehörden ist aus unserer Sicht noch nicht optimal", sagt Felix Wächter, Pressesprecher der Juwi AG, eines Projektentwicklungsunternehmens, das in Rheinland-Pfalz aktuell 200 Energieprojekte betreut. Auch Mopsfledermäuse, Schwarzstörche und Rotmilane bedeuten oft das Ende eines Projekts. Aktuelles Beispiel: In Hermeskeil ist wegen des Artenschutzes fraglich, ob es Baugenehmigungen für alle geplanten Windparks geben wird.

Der Kreis Trier-Saarburg bemängelt, dass im Bereich des Artenschutzes Grundlagenhebungen fehlen - zum Beispiel zur Mopsfledermaus -, was die Genehmigungsverfahren langwierig und teuer mache. Auch diverse andere Fragen sind nicht endgültig geklärt. Zum Beispiel jene, wo genau die Grenze der Kulturlandschaft Mosel verläuft, die für Windräder tabu ist. Eine Frage, die man sich in Riol stellt, wo oberhalb des Moseltals Windräder geplant sind.

Und schließlich gibt es neben den politischen Unwägbarkeiten - die Vergangenheit hat gezeigt, wie rasant sich die Rahmenbedingungen der Energiewende ändern können - noch ungelöste technische Fragen: Wie sieht das perfekte Stromnetz aus? Wie lässt sich die Energie günstig und effektiv speichern? Fragen, die man auch in der Region beantworten will.

So wird in der Eifel bei Prüm und Bitburg mit Spannungsreglern experimentiert, die von erneuerbaren Energien verursachte Schwankungen im Netz ausgleichen sollen. Außerdem ist an der Mosel ein Pumpspeicherkraftwerk geplant, das die von Windrädern erzeugte Energie speichern könnte. Allerdings liegt das Millionenprojekt derzeit aus finanziellen Gründen auf Eis. Und dann ist da noch das geplante, 140 Millionen Euro teure "Regionale Verbundsystem Westeifel". Ein Supernetz für Trinkwasser, Biogas, Internet und Strom, das die Region Trier mit den Ballungszentren in Nordrhein-Westfalen verbindet und die in der Eifel erzeugte Energie dorthin transportieren kann, wo sie gebraucht wird.

Trotz aller Hindernisse vollzieht sich die Energiewende in der Region Trier mit hohem Tempo. Während landesweit erst 23 Prozent des benötigten Stroms regenerativ erzeugt werden, so sind es im ehemaligen Regierungsbezirk rings um die Römerstadt schon fast 70 Prozent. Damit liegt die Region Trier landesweit an der Spitze - und zwar mit Abstand (gefolgt von der Region Mittelrhein-Westerwald mit nur 25 Prozent). 1,5 Millionen Tonnen Kohlendioxid können so jährlich gespart werden.



ENERGIE-INFO

SEITE 26

Absoluter Spitzenreiter ist der Eifelkreis Bitburg-Prüm, der mit 134 Prozent rechnerisch schon zum Energieexporteur geworden ist. Zudem stellt die Region nach Angaben der regionalen Planungsgemeinschaft bereits 20 Prozent der vor Ort benötigten Heizenergie selbst her. Die Hoffnung auf saubere Energie und auch jene auf neue Einnahmen hat sich in Eifel und Hunsrück vielerorts also bereits erfüllt.

Extra

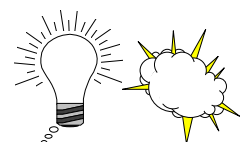
Windkraft: Nach Angaben des Klimaschutzministeriums drehten sich Ende 2014 in Rheinland-Pfalz 1470 Windräder mit einer Gesamtleistung von 2730 Megawatt, davon 300 im Wald. Beim Zubau lag das Land 2014 bundesweit auf Platz vier. Etwa die Hälfte der fast 1000 weiteren in Rheinland-Pfalz geplanten Anlagen soll im Wald entstehen. In der Region drehen sich 445 Windräder (Eifelkreis Bitburg-Prüm: 251, Vulkaneifel: 92, Trier-Saarburg: 73, Bernkastel-Wittlich: 29). 21 weitere sind regionweit genehmigt, 133 beantragt und 102 weitere sind geplant (Stand 2014). Die höchste bestehende Anlage in der Region Trier misst 179 Meter. Die durchschnittliche Höhe liegt bei 116 Metern.

Bioenergie: Laut Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord gab es 2014 in der Region Trier 95 Biogas- und Biomassefeuerungsanlagen. Neun weitere waren genehmigt, sechs weitere geplant. Bei den Biogasanlagen stagniert der Zubau. **Solarenergie:** 14 493 Fotovoltaikanlagen sind regionweit am Netz, bei rund 50 davon handelt es sich um großflächige Freilandanlagen. In ganz Rheinland-Pfalz speisen 85 500 Fotovoltaikanlagen 1,8 Gigawatt Strom in die Netze ein. **Wasser:** Rings um Trier sind 25 größere Wasserkraftwerke am Netz (216 Megawatt installierte Leistung). **Geothermie:** Da die Region sich dazu geologisch nicht eignet, gibt es hier keine Geothermiekraftwerke, die Strom erzeugen. Allerdings hat die Bedeutung von Erdwärmesonden stark zugenommen: Nach Einschätzung der Baubehörden soll laut Antrag inzwischen jeder zweite Neubau mit Hilfe von Erdwärme geheizt werden.

Extra

So viel des vor Ort benötigten Stroms erzeugen die Kommunen der Region mithilfe von Wind, Sonne, Wasser oder Biogas: Stadt Trier: 17 Prozent, Kreis Bernkastel-Wittlich: 50 Prozent, Kreis Vulkaneifel: 53 Prozent, Kreis Trier-Saarburg: 94 Prozent, Eifelkreis Bitburg-Prüm: 134 Prozent. Der Landesschnitt liegt bei 23 Prozent. So viel des vor Ort benötigten Stroms erzeugen die Regionen des Landes: Trier: 68 Prozent, Mittelrhein-Westerwald: 25 Prozent, Rheinhessen-Nahe: 16 Prozent, Rhein-Neckar: 15 Prozent, Westpfalz: 5 Prozent.

Trierischer Volksfreund vom 8.4.15



Grüner Strom und jede Menge Streit: So läuft die Energiewende im Land

Wie läuft die rheinland-pfälzische Energiewende? Während das Land im Bundesvergleich hinterherhinkt, ist die Region Trier spitze. Allerdings ist die Windkraftplanung vielerorts Ursache heftigen Streits.

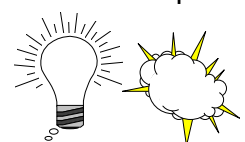
Bis 2030 will Rheinland-Pfalz seinen Strombedarf komplett aus erneuerbaren Energien decken. Mit aktuell nur 23 Prozent ist man von diesem Ziel jedoch noch weit entfernt. In einem Bundesländer-Ranking des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung landet das Land nur auf Platz zehn. In Eifel und Hunsrück hingegen sind die Energie-Ziele zum Greifen nah oder längst übertroffen: Der Eifelkreis Bitburg-Prüm erzeugt bereits 134 Prozent der dort benötigten Elektrizität, der Kreis Trier-Saarburg steht kurz davor, die 100-Prozentmarke zu knacken, und die Vulkaneifel sowie der Kreis Bernkastel-Wittlich liegen bei je 50 Prozent. 1470 Windräder drehen sich im Land, davon 300 im Wald und ein Ende des Ausbaus ist nicht in Sicht. Fast 1000 weitere Räder sind landesweit genehmigt, beantragt oder geplant - ein Viertel davon in der Region. Günther Scharz, Vorsitzender der Planungsgemeinschaft Region Trier, spricht von einer Erfolgsgeschichte. Die Region nehme national wie international eine Spitzenposition ein.

Eine ganz andere Sicht der Dinge hat Uwe Anhäuser, Sprecher des Bündnisses Energiewende für Mensch und Natur. Zum einen zäume man das Pferd von hinten auf. Statt erst Speichermöglichkeiten zu schaffen und Trassen zu bauen, stelle man überall Windräder hin und mache die Landschaft kaputt. Zudem sei es eine Katastrophe, dass die Landesregierung den Kommunen die Planungshoheit übertragen habe. "Energieministerin Lemke hat es geschafft, dass unzählige Gemeinden im Streit auseinanderklaffen. Das war Landfriedensbruch", sagt Anhäuser.

In der Tat gibt es fast überall, wo Windenergieflächen geplant werden, heftige Diskussionen. Gemeinden und Grundstückseigentümer hoffen auf Einnahmen. Dorfbewohner und Naturschützer fürchten den Anblick der Stahlkolosse oder Umweltschäden. Trotz alledem hält Aloysius Söhngen, Vorsitzender des Gemeinde- und Städtebundes, es für richtig, dass die Kommunen selbst planen. Die Menschen vor Ort könnten am besten abschätzen, wo Windkraft sinnvoll ist. "Da werden Betroffene zu Beteiligten", sagt Söhngen. Selbst wenn die Debatten nicht immer einfach seien, so seien sie doch im Sinne der Demokratie.

Kommentar: Immer einen Schritt voraus - Die Region Trier ist Motor der rheinland-pfälzischen Energiewende

Steigende Strompreise, wankelmütige Politiker, überlastete Netze, fehlende Speichermöglichkeiten, gefährdete Vögel, verunsicherte Investoren und wütende Bürger ... Glatt läuft die deutsche Energiewende nicht gerade. Es müssen dringend technische Lösungen her und noch viel dringender ein in sich schlüssiges und stabiles Gesamtkonzept.



Allerdings wäre es bei einem Experiment dieser Größenordnung auch ein Wunder, wenn sofort alles reibungslos funktionierte. Der Blick auf die vielen Baustellen der Energiewende darf jedoch nicht dazu führen, dass man das große Ganze aus den Augen verliert. Das Projekt ist so sinnvoll wie eh und je. Denn es führt weg von der Atomkraft (man erinnere sich kurz an Fukushima) hin zu klimaschonenden Energieformen, an denen nicht nur die großen Konzerne verdienen. Auch Stadtwerke, Dörfer, Handwerker, Bauern oder Privatleute haben nun die Gelegenheit zu profitieren.

In der Region Trier, die in vielerlei Hinsicht ein Vorbild ist, tun sie das bereits. Denn die Region hat viel früher als andere begriffen, welch enormes Potenzial in den erneuerbaren Energien steckt. Eifel und Hunsrück sind zum Motor der rheinland-pfälzischen Energiewende geworden. Nirgends im Land wird mehr grüne Energie produziert, nirgends ist das Ziel, 100 Prozent des benötigten Stroms mit Hilfe von Sonne, Wind oder Biomasse vor Ort zu erzeugen, näher. Ja, in der Eifel ist es längst erreicht.

Es waren auch Menschen aus der Region, die auf die Idee kamen, ein neues, gemeinsames Leitungsnetz für Wasser, Strom, Biogas und Internet aufzubauen, das Trier und die Westeifel mit Nordrhein-Westfalen verbindet. In wenigen Jahren soll der Ökostrom von den Eifelhöhen Richtung Norden fließen. Ein vielversprechendes Pilotprojekt. Klasse, dass man hier immer einen Schritt voraus ist!

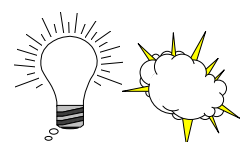
Derzeit sind rings um Trier Hunderte neue Energieprojekte in Planung. Es wird viel und heftig debattiert. Und warum? Weil man die Betroffenen vor Ort nach ihrer Meinung fragt. Das ist trotz nervenaufreibender Diskussionen gut so. Denn nur so gibt es die Chance auf eine Energiewende, mit der alle leben können.

k.hammermann@volksfreund.de

Trierischer Volksfreund vom 8.4.15

Bedenken gegen neue Hochspannungsleitung

Es ist ein Mammutprojekt, das der Netzbetreiber Amprion vor sich hat. Bis 2019 will er die Höchstspannungsfreileitungen zwischen Koblenz und Bitburg für etwa 145 Millionen Euro erneuern, um den Anforderungen an ein zeitgemäßes Stromnetz gerecht zu werden. Doch auch wenn der Betreiber die bereits vorhandene Trasse nutzen will, um den Eingriff in die Natur so gering wie möglich zu halten, so werden die etwa 20 Meter höheren Masten und die höhere Spannung (380 statt 220 Kilovolt) Veränderungen mit sich bringen. Kein Wunder, dass es auch Bedenken gibt.



ENERGIE-INFO

SEITE 29

Auch Heike Raab (SPD), Staatssekretärin im rheinland-pfälzischen Innenministerium, beobachtet die Angelegenheit kritisch, seitdem sie einer ähnlichen Anlage bei einer Veranstaltung im pfälzischen Otterberg nahe gekommen ist. "Die Anwohner haben mir berichtet, dass man, je nach Witterungslage, die Vibrationen richtig spüren kann", sagt sie und ergänzt, dass der Abstand zum Strommast dort rund 500 Meter betragen habe. Daher habe sie im Verbandsgemeinderat Cochem, dem sie angehört, auch angeregt, dass man "sorgfältig prüfen muss, wie nah wir das an die Wohnbebauung bauen können".

Keine Einwände gibt es laut dem Cochemer Verbandsbürgermeister Helmut Probst von den Gemeinden Dohr und Faid, die den Masten am nächsten kommen. "Sowohl Faid als auch Dohr als auch die Einrichtung Happy Mary wollen aber, dass der notwendige Abstand zur Siedlungsbebauung eingehalten wird", sagt er. "Die VG unterstützt diese Forderung."

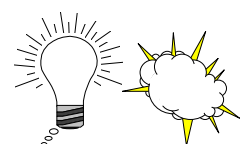
Allerdings: Einen gesetzlichen Mindestabstand zu einer Siedlung gibt es gar nicht. Das erklärt zumindest Amprion-Pressesprecher Andreas Preuß. "Bei den elektromagnetischen Feldern - da gibt es Grenzwerte", sagt er. Die Grenzwerte von 100 Mikrottesla bei den magnetischen und fünf Kilovolt pro Meter bei den elektrischen Feldern seien aber auch bei kleinen Abständen einzuhalten, erklärt er. Eine Gesundheitsgefährdung besteht seiner Meinung nach aber auch bei einer Überschreitung nicht. "Die Weltgesundheitsorganisation sagt, es könnten problemlos 200 Mikrottesla erreicht werden."

Bedenken, was die optische Veränderung angeht, hat die Gemeinde Wolken in der Verbandsgemeinde Rhein-Mosel. "Wir sind damit nicht einverstanden", sagt Bürgermeister Walter Hain, der sich vor allem über die geplante Trassenführung ärgert. Diese verläuft nämlich bei Wolken nicht so wie die alte Trasse, sondern direkt entlang der Landesstraße 52. "Das optische Bild von Wolken wird dadurch verschandelt", so Hain, der eine Alternativlösung, nämlich die entlang der alten Trasse, bevorzugt.

"Wir werden Widerspruch gegen das Verfahren einlegen", sagt Hain. Und nicht nur die Gemeinde. Auch die Eigentümer der Grundstücke, über die die Trasse verlaufen soll, werden Einspruch erheben, weiß der Ortschef aus Gesprächen.

Die Möglichkeit dazu besteht bei der zuständigen Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Nord. Denn dort läuft gerade das Planfeststellungsverfahren für den ersten Bauabschnitt zwischen Metternich und Pillig. Bis zum 25. Februar können Gemeinden und Privatpersonen Einwendungen gegen das Vorhaben erheben. Bislang sei aber erst eine Einwendung eingegangen, informiert die SGD Nord auf Anfrage der RZ. Weitere werden aber sicherlich folgen.

Rhein-Zeitung, Ende Jan. 2015



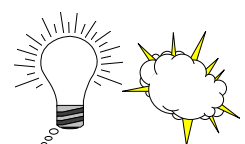
Energiewende: Netzausbau oder Speicher?

"Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss nicht auf Stromspeicher warten". Zu diesem Schluss kommt eine Studie von "Agora Energiewende", zu deren Unterstützern der Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz (ehemaliges RWE-Übertragungsnetz) gehört. Allerdings setzt die Studie den umstrittenen massiven Ausbau des Übertragungsnetzes als Tatsache voraus. Gleichwohl kommt die Studie zum Ergebnis, dass es schon jetzt eines gesetzlichen Rahmens für die Markteinführung von Stromspeichern auf der örtlichen Netzebene bedarf. Der Verein Eurosolar ist überzeugt, dass der rasche Ausbau dezentraler Stromspeicher den überzogenen teuren Netzausbau überflüssig machen würde. "Wenn wir eine wirkliche Energiewende wollen, brauchen wir Stromspeicher - so, wie ein vollständiges Haus ein Dach braucht. Warum also sollten wir viel Geld für ein zweites Badezimmer sprich: teuren Übertragungsnetzausbau verplempern, wenn wir das Dach sowieso brauchen?" (Solarzeitalter Ausgabe 3/4 2014, S. 15).

Prof. Dirk Sauer vom Lehrstuhl für Speichersystemtechnik der RWTH Aachen favorisiert als Langzeitstromspeicher eine einfache Art des Power-to-Gas: Für jede Kilowattstunde Überflusstrom, die zum Heizen anstelle von Erdgas eingesetzt wird, bleibt im Gasnetz eine Kilowattstunde Energie als Methan zurück. Das ist: genauso, als wenn der Strom zur Erzeugung des Gases eingesetzt worden wäre. Allerdings ist der Weg über die Wärmeerzeugung und das dadurch gesparte Gas um einen Faktor 20 günstiger und der Wirkungsgrad ist ein Drittel höher als bei einer Umwandlung von Strom in Gas. Solange also noch Erdgas oder Öl für die Bereitstellung von Niedertemperaturwärme in Haushalten oder Industrieunternehmen verbrannt wird, sind "Tauchsieder" im Wassertank der mit Abstand effizienteste und kostengünstigste Weg des "Power-to-Gas". Prof. Sauer weist daraufhin, dass 80 Prozent der Netzkosten im Verteilnetz anfallen.

Während die öffentlichen Diskussionen von den überregionalen Übertragungsnetzen dominiert werden, liegen die wahren Kostentreiber auf der örtlichen Ebene von Verteilnetzen. Genau auf dieser Ebene können dezentrale Speicher das Netz stabilisieren und einen Netzausbau überflüssig machen.

Der Solarförderverein Aachen will die Einspeiseleistung von PV-Anlagen auf 30 Prozent ihrer Leistung begrenzen und den Rest wirtschaftlich vorteilhaft in eigene Stromspeicher einspeisen. Der Speicher kann das Verteilnetz stabilisieren. Und die Verteilnetze können dreimal mehr PV-Anlagen aufnehmen, ohne dass das Netz ausgebaut werden müsste.



Energiewende spart der Industrie 29 Milliarden Euro

Ohne die erneuerbaren Energien hätten die Strombörsenpreise 2011 bis 2013 neun statt vier Cent betragen. Die Mehrkosten hätten sich auf 29 Milliarden Euro summiert. Zu dieser Schlussfolgerung kommt eine Studie von Prof. Jürgen Karl von der Universität Erlangen. Profitiert haben von dieser Ersparnis die Industriebetriebe durch gesunkene Strompreise.

ENERGIEDEPESCHE 1-2015

Klimaschutz: EU beschließt Ziele

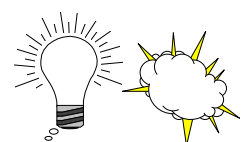
Die Europäische Union hat gestern ihre Klimaziele für die Verhandlungen über ein globales Abkommen Ende 2015 in Paris beschlossen. Die EU ist für neun Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Die Vereinbarung sieht vor, den Ausstoß der EU bis zum Jahr 2030 um mindestens 40 Prozent verglichen mit dem Stand von 1990 zu senken. "Es gibt eine Einigung, aber das war keine einfache Sache", sagte EU-Klimakommissar Catiere nach dem Treffen der Umweltminister in Brüssel. Die EU-Klimaziele seien nun dem Klimasekretariat der Vereinten Nationen (UN) zugeschickt worden. Alle Staaten sind aufgefordert, bis Ende März ihre Klimaziele für den UN-Klimagipfel vorzulegen. Die französische Umweltministerin Royal unterstrich, Europa sei der erste Kontinent, der seinen Beitrag zur Reduzierung der weltweiten Treibhausgase festgelegt habe.

Rheinpfalz vom 7.3.15

Die EU-Kommission will beim Gaseinkauf künftig mitreden

Die Brüsseler EU-Kommission hat gestern ein Grundsatzpapier zur Energie- und Klimapolitik in der Europäischen Union vorgestellt. Darin geht es vor allem um die Energiesicherheit Europas - und damit um das Lösen aus der Abhängigkeit von russischem Gas und Öl. Außerdem stehen der Klimaschutz und die Kosten beim Bereitstellen von Energie im Fokus.

Das derzeit politisch brisanteste Energieproblem der Europäer heißt Russland. Die Marktmacht Moskaus ist enorm. Etwa dreißig Prozent des Erdgases in der EU stammen aus Russland, einige Staaten beziehen ihr gesamtes Gas von dort. Dazu zählen insbesondere Länder im Südosten der EU.



ENERGIE-INFO

SEITE 32

Die Europäer sollten sich besser abstimmen beim Gaseinkauf fordert nun die EU-Kommission - und schlägt sich selbst als Bindeglied vor. Obwohl die EU-Kommission Russland gar nicht ausdrücklich nennt, hätte der Vorstoß in erster Linie Auswirkungen auf die Beziehungen zum wichtigsten Gaslieferanten. Beim Gaseinkauf will die Brüsseler Behörde den einzelnen EU-Staaten stärker über die Schulter schauen. Künftig wolle die Kommission schon von Anfang an über Verhandlungen mit Drittstaaten informiert werden, forderte der EU-Energie- und Klimaschutzkommissar, der Spanier Miguel Arias Canete bei der Vorstellung des Strategiepapiers.

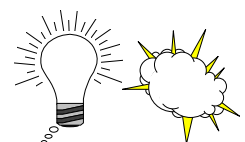
Derzeit prüft die EU-Kommission zwischenstaatliche Abkommen zum Gaseinkauf erst im Nachhinein. Nationale Regierungen sollen nun mit Hilfe der Reform mehr Informationen über vergleichbare Abkommen erhalten und leichter entscheiden können, ob ihnen gute Bedingungen geboten werden. Bei wichtigen kommerziellen Lieferverträgen pocht die EU-Kommission auf mehr Transparenz. "Das ist sehr wichtig für die Energiesicherheit der Europäischen Union", sagte der ebenfalls für Energiefragen zuständige Vizepräsident der EU-Kommission, Maros Sefcovic. Die EU habe ihre Lehren gezogen aus den zwischenstaatlichen Abkommen der Vergangenheit, sagte er unter Verweis auf das inzwischen gestorbene Gasleitungsprojekt South Stream.

Diese Pipeline hätte vor allem die Länder Südosteuropas mit russischem Gas versorgen sollen. Moskau gab das Projekt aber Anfang Dezember unter Verweis auf die "Blockadehaltung" der EU auf. Die Kommission hatte die Absprachen der beteiligten EU-Länder mit Moskau heftig kritisiert, auch weil der Gazprom-Konzern sowohl das Gas liefern als auch die Leitung betreiben sollte. Brüssel sah das als Verstoß gegen europäische Regeln an.

Mit mehr Strom- und Gasleitungen zwischen den EU-Staaten könnte Europa nach Berechnungen der Kommission jedes Jahr zweistellige Milliardenbeträge sparen. Europa verliert jährlich bis zu 40 Milliarden Euro, weil es keinen verflochtenen Energie-Markt hat", sagte Energie-Kommissar Canete. Die Vernetzung könnte zudem die Integration von Ökostrom aus Wind oder Sonne vereinfachen, der je nach Wetter starke Überschüsse oder Strommangel verursacht.

Umweltschützer und Teile der Energieindustrie bemängelten, die guten Ansätze in den Plänen würden überschattet "von vielen alten und neuen Fehlern sowie von problematischen Prioritäten". So sei es schwer nachzuvollziehen, dass bei den Prioritäten die Suche nach neuen Gasverkäufern und der Bau neuer Pipelines und Flüssiggas-Terminals weit vor dem Ausbau der erneuerbaren Energien rangierten. Erdgas könne schließlich schon heute kosteneffizient weitgehend durch Biogas und andere regenerative Energien ersetzt werden. Inakzeptabel sei, dass ausdrücklich Atomkraft und das Abscheiden von Kohlendioxid bei Kohlekraftwerken als förderungswürdig genannt würden.

Rheinpfalz vom 26.2.15



Geothermie: Landesamt will weitere Gutachten

Morgen ist es ein Jahr her, dass das Geothermiekraftwerk in Landau vom Netz genommen wurde. Rund um die Anlage hatte sich der Boden massiv gehoben. Seitdem suchen Behörden und Betreiber nach dem Leck, aus dem Thermalwasser ausgetreten sein muss. Das Ziel des Eigners, die Anlage wieder ans Netz zu bringen, sieht Mainz noch in weiter Ferne.

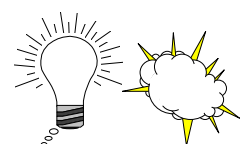
"Für nächste Woche haben wir ein Gespräch mit dem Betreiber anberaumt", sagte der kommissarische Leiter des Landesamtes für Geologie und Bergbau, Georg Wieber, gestern der RHEINPFALZ auf Anfrage. "Wir haben noch eine ganze Menge Fragen an ihn. Wann es zur Zulassung kommen kann, vermag ich heute noch nicht zu sagen", so Wieber.

Wie berichtet, war dem Betreiber, der Geysir Europe GmbH, Tochter der Daldrup AG, auferlegt worden, mit fünf Erkundungsbohrungen dem Leck nachzuspüren. Der Bohrturm ist weithin sichtbar. Der Pressesprecher des Betreibers, Falk von Kriegsheim, hatte zu Wochenbeginn bestätigt, dass die Bohrungen derzeit ruhen, da der Bohrkopf defekt sei. Spätestens zu Beginn der kommenden Woche wolle man jedoch auch die letzte der Bohrungen zu Ende bringen. Zu ersten Ergebnissen sagte von Kriegsheim, diese bewegten sich im Rahmen dessen, was man erwartet habe. Man überlasse es den Behörden, diese Ergebnisse auszuwerten.

Laut Weber soll der obere Bereich des Geländes durchbohrt werden, um ein Schichtenverzeichnis zu erstellen und Wasserhorizonte zu erkunden. Vermutet würden diese in 150 bis 170 sowie in 340 Metern Tiefe. Die Gefahr, dass das Grundwasser kontaminiert werden könnte, könne schon jetzt ausgeschlossen werden. Dichte Schichten verhinderten dies, Untersuchungen über Fließrichtungen seien zum gleichen Ergebnis gekommen. "Die generelle Geologie kennen wir", sagte Weber.

Dem Amt lägen zwei Anträge des Betreibers vor, zum Sonder- und zum Hauptbetriebsplan. "Wir haben sie geprüft und dabei sind weitere Fragen aufgetaucht", so Weber. Es würden sich weitere Aufgaben ergeben, kündigte er an, auch Gutachten seien nötig. Der Betreiber wollte eigentlich schon Mitte vergangenen Jahres wieder ans Netz.

Zu den Vermutungen der Bürgerinitiative Geothermie Landau (BI), das Kraftwerksge-
lände könnte großflächig unterspült sein, es könnte sich gar ein Trichter gebildet haben, wollte sich Weber nicht äußern. Laut BI hat sich das Gelände an den Stellen, an denen sich der Boden zunächst gewölbt hatte, in den vergangenen neun Monaten um 11,2 Zentimeter und damit unter das Ausgangsniveau gesenkt. Die Geothermiegegner sorgen sich deshalb, dass Rohre bersten könnten und brennbares, umweltschädliches Isopentan austreten könnte.



Diese Gefahr sieht die Gewerbeaufsicht bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) in Neustadt nicht. Sie hatte der BI mitgeteilt, dass die Anlage Verschiebungen durch bewegliche Lager ausgleichen könne. Der TÜV Süd kontrolliere zudem die Senkungen. Derzeit sehe die Behörde deshalb keinen Anlass, das Isopentan abtransportieren zu lassen, teilte die Behörde der BI am Mittwoch mit.

Rheinpfalz vom 13.3.15

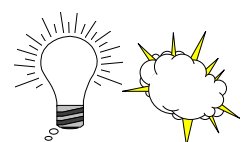
EnBW tief in der Verlustzone

Die Energiewende hat dem drittgrößten deutschen Versorger EnBW im vergangenen Jahr einen Verlust von fast einer halben Milliarde Euro eingebrockt. Vorstandschef Frank Mastiaux, der den Energieriesen vom Atomkonzern zum Ökostromerzeuger umbaut, kündigte daraufhin ein weiteres Sparprogramm an. "Bis 2020 wollen wir noch einmal 400 Millionen Euro einsparen", sagte er gestern in Karlsruhe. Schon 2014 hatte EnBW die jährlichen Kosten um 750 Millionen Euro gesenkt. Die neue Sparrunde werde zu Stellenabbau in der Verwaltung und Energieerzeugung führen. In den kommenden drei Jahren könnten etwa 500 der zusammen gut 20.000 Arbeitsplätze abgebaut werden, sagte Mastiaux. EnBW hatte bereits im vergangenen Jahr Strukturen gestrafft und den Vorstand verkleinert. "Bei uns wird die Treppe von oben gekehrt", machte der Manager deutlich.

Die Badener kämpfen wie Eon und RWE mit dem Preisverfall an den Strombörsen. Der Ausbau der Energiequellen Wind und Sonne macht konventionelle Kohle- und Gaskraftwerke unrentabel. Energie Baden-Württemberg (EnBW) musste daher Abschreibungen auf Kraftwerke von mehr als 1 Milliarde Euro vornehmen. Bei einem leichten Umsatzanstieg auf 21 Milliarden Euro stand deshalb 2014 ein Fehlbetrag von 451 Millionen Euro zu Buche nach einem Gewinn von 51 Millionen Euro im Jahr davor. Konkurrent Eon hatte 2014 sogar einen Rekordverlust von rund 3,2 Milliarden Euro eingefahren. Das um Sondereffekte bereinigte operative Ergebnis (Ebitda) sank, so wie von EnBW vorhergesagt, um 2,6 Prozent auf 2,17 Milliarden Euro.

Ob Netzausbau, Endlagersuche oder Kraftwerksstilllegungen - wegen der schleppenden politischen Entscheidungen herrsche für die Branche zu große Unsicherheit, kritisierte Mastiaux. Das erschwere mittlerweile die Personalsuche, da Ingenieure wegen des Aufschwungs schwer zu finden seien, "Wenn es Unsicherheiten gibt, kann es passieren, sie gehen morgens in die Messwarte und da ist keiner mehr."

Bis 2020 will Mastiaux die Erzeugung aus erneuerbaren Energiequellen ausbauen und visiert ein operatives Ergebnis von 700 Millionen Euro bei einem Ebitda von 2,4 Milliarden an. Doch im erhofften Wachstumsfeld erlitt der staatlich kontrollierte Versorger den größten Rückschlag: Der operative Gewinn sank um 13 Prozent auf 191 Millionen Euro.



In diesem Jahr soll das Ergebnis jedoch um mehr als 20 Prozent steigen, weil ein neuer Windpark in der Ostsee voll in Betrieb geht. Eine durchgreifende Besserung für das Gesamtgeschäft ist aber nicht in Sicht: Auch 2015 soll das operative Ergebnis bis zu 5 Prozent unter dem Vorjahresniveau liegen. Doch seien keine Abschreibungen auf Kraftwerke zu erwarten.

Rheinpfalz vom 18.3.15

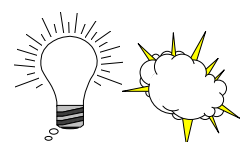
Juwi verkauft Anteile an Pfalzwind

Bei der Pfalzwind GmbH sind die Karten neu gemischt. Das 2003 gegründete Gemeinschaftsunternehmen der Pfalzwerke, Ludwigshafen, und des Ökoenergieanlagen-Planers Juwi, Wörrstadt, befindet sich seit Jahresbeginn unter den Fittichen von Pfalzwerke AG und Rio GmbH, Mainz, einer Tochter der Stadtwerke Mainz.

Im Herbst 2013 hatten die Pfalzwerke bereits die beabsichtigte Trennung von dem Partner juwi angekündigt. Die zog sich hin, obwohl die Unternehmenskulturen beider Häuser längst nicht mehr zusammenpassten und die Trennung folgerichtig war. Beschleunigt wurde der Anteilsverkauf der juwi durch deren wirtschaftliche Schwierigkeiten. Um die gefährlich dünne Eigenkapitaldecke aufzufüttern, mussten sich die Wörrstadter von Teilen trennen. Einer davon: der 50-prozentige Pfalzwind-Anteil.

Die Pfalzwind betreibt 63 Windkraftanlagen. Mit einem ursprünglichen Investitionsvolumen von gut 160 Millionen Euro beträgt das Anlagevermögen aktuell noch 72 Millionen Euro, bei einem Schuldenstand von 65 Millionen Euro. Die jährliche Abschreibungssumme wird von Geschäftsführer Rolf Lulei auf 8 Millionen Euro beziffert.

Die Pfalzwerke haben auf das Vorkaufsrecht an den übrigen Pfalzwind-Anteilen verzichtet. Gekauft hat die bisherigen juwi-Anteile die Rio Energie GmbH, Mainz, ursprünglich eine 50:50-Beteiligung der juwi Solar GmbH und der Stadtwerke Mainz AG. Seit Anfang 2013 gehört Rio komplett den Mainzern. Zwar hätten die Pfalzwerke ein Vorkaufsrecht auf die juwi-Anteile an Pfalzwind gehabt, hätten aber aus mehreren Gründen darauf verzichtet, erläuterte Lulei, der nicht nur Pfalzwind-Geschäftsführer ist, sondern auch Pfalzwerke-Abteilungsleiter Finanzierung, Zahlungsverkehr und Rechnungsprüfung: Zum einen sei der aufgerufene Preis "kein Schnapp" gewesen. Zum anderen verfolgten die Pfalzwerke noch zwei weitere Säulen in ihrer Wind-Strategie: eigene Projekte mit Partnern innerhalb der Pfalzwerke Projektbeteiligungsgesellschaft mbH sowie, über diese Gesellschaft, als Anteilseigner der Projekt Projektierungsgesellschaft für regenerative Energiesysteme mbH, Oldenburg. An dem Oldenburger Windkraftspezialisten halten die Pfälzer seit März vergangenen Jahres 25,1 Prozent der Anteile.



Die wirtschaftliche Situation der Pfalzwind ist nicht rosig, verspricht aber absehbar besser zu werden. Zwar hat das Unternehmen seit seiner Gründung mehrere Jahre mit leicht positiven Ergebnissen abgeschlossen, zuletzt 2012. Überwiegend aber wurden weit höhere Verluste eingefahren - nicht nur, weil die anfänglichen Investitionen und die dafür anfallenden Fremdkapitalkosten den Ertrag überstiegen. Sondern auch, weil Windprognosen nicht eintrafen. Offen ist, ob die Gutachten für die Pfalzwind-Standorte zu optimistisch waren; oder ob die Winderträge der vergangenen Jahre unterdurchschnittlich ausfielen. 2011 waren neue Gutachten erstellt worden, die die ursprünglichen zwar nach unten korrigierten, aber nicht jene negativen Auswirkungen erwarten ließen, die in den Folgejahren eintraten, meint der Geschäftsführer. Jedenfalls lief für 2013 ein Minus von 1,8 Millionen Euro auf. Für 2014 bewege sich der Verlust auf demselben Niveau, bei leicht gestiegenem Umsatz, so Lulei.

Im laufenden Jahr nun entspreche der Windertrag erfreulicherweise dem, was man aufgrund der Voraussagen erwarten könne. Nach vier Monaten könne aber noch keine verlässliche Aussage für das Gesamtjahr getroffen werden. Laufe es so weiter wie bisher, sei die schwarze Null möglich.

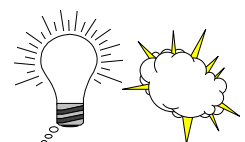
Der Geschäftsführer, dem Stefan Krome von den Stadtwerken Mainz in gleicher Funktion zur Seite steht, betont trotz der schlechten Zahlen in der jüngeren Vergangenheit, dass das Geschäftsmodell der Pfalzwind wirtschaftlich werthaltig sei und es keine Notwendigkeit für Sonderabschreibungen gegeben habe. Positiv in die Karten spiele dem Gemeinschaftsunternehmen aktuell das Niedrigzinsumfeld, das die Kapitalkosten kräftig verringert, sowie die Vergütungen, die dem Unternehmen zufließen, weil es den Strom aus der überwiegenden Anzahl der Anlagen direkt vermarktet.

Unter der neuen Ägide soll die Pfalzwind nun zur Ruhe finden. Auch, weil die Gebiete, in denen die jetzigen Partner agieren, klar getrennt sind, verspricht das einfacher zu werden als unter den alten Besitzverhältnissen. Pläne aus der Vergangenheit, die Anzahl der gemeinsamen Anlagen bis auf 100 zu erhöhen, liegen auf Eis.

Rheinpfalz vom 2.5.15

Dramatische Veränderung

Die Strompreise haben sich in der Folge des beschleunigten Atomkraftwerk-Ausstiegs dramatisch verändert. Anders als befürchtet sind sie mit einem Tempo und vor allem einer Nachhaltigkeit gesunken, wie nie zuvor in der Geschichte. Der Ausbau der Erneuerbaren hat die Atomkraftwerk-Abschaltung komplett überkompensiert. Die Börsenpreise sind von circa 5,5 Cent/kWh im März 2011 auf nunmehr ca. 3,3 Cent um fast 40 Prozent (!) zurückgegangen. Der Rückgang der Großhandelspreise hat jedoch nicht auf die Verbraucherpreise ausgewirkt.



Dank einer sehr erfinderischen, zunehmenden Umlagenflut und einer wenig verbraucherfreundlichen Preispolitik sind die Preise sogar gestiegen. Aber nicht etwa für alle in gleichem Maße. Die Preise für die mittelgroßen Industriekunden, die vom Verband der Energieabnehmer (VEA) in Hannover regelmäßig erfasst werden, sind nur um 1,6 Cent/kWh gestiegen, während die Haushaltskunden fast vier Cent mehr - und damit eine mehr als doppelt so hohe Anhebung - berappen dürfen. Alles ohne Strom- und Umsatzsteuer, die jeweils noch oben draufkommt.

ENERGIEDEPESCHE 1-2015

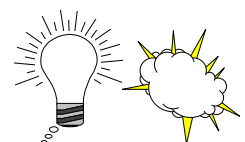
BUND fordert erneut Stilllegung aller AKW

Konzerne dürfen sich ihrer Verantwortung für den von ihnen produzierten Atommüll nicht entziehen. Geheime Atomtransporte durch Rheinland-Pfalz müssen eingestellt werden.

1. An diesem Wochenende jährt sich zum 29. Mal die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Das japanische Atomkraftwerk Fukushima havarierte vor etwas mehr als vier Jahren. Trotz eines beschlossenen schrittweisen Ausstieges sind in Deutschland nach wie vor neun Atomkraftwerke am Netz und produzieren täglich neuen Atommüll, für den es keine sichere Entsorgung gibt.

Neben den Gefahren im „Normalbetrieb“ ist dieser Atommüll einer der wesentlichen Gründe, weshalb wir die Nutzung der Atomenergie in Kernmeilern ablehnen. Die rechtskräftige Aufhebung der Genehmigung für das Castor-Zwischenlager am AKW Brunsbüttel muss weitreichende Konsequenzen haben. Es ist ein weiteres deutliches Zeichen dafür, dass die sichere Einlagerung des Atommülls ungeheure Probleme aufwirft. Sie ist ungelöst und damit der Betrieb der AKWs nach unserer Auffassung unrechtmäßig, da der im Atomgesetz vorausgesetzte Entsorgungsnachweis fehlt. Daher fordert der BUND erneut die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke. Diese Forderung bezieht sich nicht nur auf deutsche Atomkraftwerke, sondern auch auf Cattenom, Fessenheim und alle anderen Atomanlagen europa- und weltweit. Atomkraftwerke sind für unsere Energieversorgung überflüssig, denn es stehen bereits jetzt genügend umweltschonende Alternativen zur Verfügung.

2. Die großen Energieversorger RWE, EON, Vattenfall und EnBW stehen als Verursacher in der Pflicht, die Kosten für die Endlagerung des Atommülls zu tragen. Die Rückstellungen dafür, mit denen sie auch Milliarden an Steuern gespart haben, müssen vollständig hierfür eingebracht werden. Weitere Kosten dürfen nicht auf die Steuerzahler abgewälzt werden. Der BUND verurteilt den durchsichtigen Versuch der Energiekonzerne, den Atomausstieg mit Schadenersatzklagen oder betrieblichen Taschenspielertricks (z: B. Trennung von konventioneller Energieversorgung bei Eon) zu unterlaufen und sich ihrer finanziellen Verantwortung zu entziehen.



3. Der BUND Rheinland-Pfalz beobachtet mit Sorge die hohe Zahl von geheimen Atomtransporten durch Rheinland-Pfalz, insbesondere durch das Rhein- und Moseltal über Koblenz und Trier. Hintergrund hierfür sind die Urananreicherung und die Brennelemente-Herstellung in den Atomfabriken Gronau und Lingen und in Südfrankreich. Weder die betroffenen Kommunen, noch der Katastrophenschutz noch die Bevölkerung sind hinreichend über die gefährlichen Frachten informiert und auf etwaige Unfälle vorbereitet. Der BUND fordert eine umfassende Vorsorge sowie Benachrichtigung der Behörden über jeden einzelnen Transport und die schnellstmögliche Schließung aller Urananreicherungsanlagen und Brennelementefabriken in Deutschland.

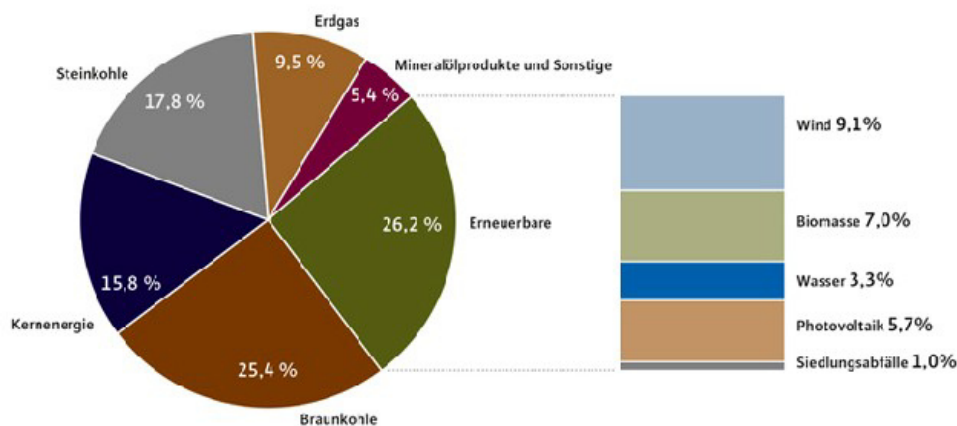
Antrag bei der Landesdelegiertenversammlung BUND RLP – 25.04.2015

Aktuelle Zahlen zur Stromerzeugung

Bruttostromerzeugung

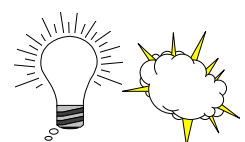
nach Energieträgern 2014

Brutto-Stromerzeugung 2014 in Deutschland: 614 Mrd. Kilowattstunden*



* vorläufig

Quellen: BDEW, AG Energiebilanzen, Stand Februar 2015



Rekord: Zu viel CO₂ in Atmosphäre

Wissenschaftler haben einen Höchststand beim klimaschädlichen Kohlendioxid in der Atmosphäre registriert. Erstmals hat demnach der monatliche weltweite Durchschnittswert der CO₂-Konzentration 400 ppm (parts per million, Teilchen pro Million) überschritten. Dieser Höchstwert ist im März gemessen worden. Nach Ansicht des Wissenschaftlers Mojib Latif vom Kieler Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung bleiben der Menschheit nur noch rund 15 Jahre, um den Klimawandel einigermaßen in den Griff zu bekommen. "Wenn der weltweite CO₂-Ausstoß 2030 immer noch steigt, wird es zu spät sein", sagte er.

Rhein-Zeitung vom 8.5.15

Golfstrom wird schwächer

Der Golfstrom hat sich einer Studie zufolge im Laufe des 20. Jahrhunderts so stark verlangsamt wie offenbar seit 1000 Jahren nicht. Besonders in den jüngsten vergangenen Jahrzehnten hat sich die warme Meeresströmung deutlich abgeschwächt, berichtet ein internationales Forscherteam um Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) im Fachjournal "Nature Climate Change".

Die Wissenschaftler untersuchten die Temperaturen an der Wasseroberfläche im Nordatlantik. Da diese entscheidend von Meeresströmungen abhängen, erlauben sie Rückschlüsse auf die Stärke solcher Ströme. Verblüffenderweise hat sich trotz fortschreitender globaler Erwärmung ein Teil des nördlichen Atlantiks in den vergangenen 100 Jahren abgekühlt", wird Rahmstorf zitiert. Diese Abkühlung ist stärker als von den meisten Computermodellen errechnet, berichten Rahmstorf und seine Kollegen.

Der Rückgang der Meerestemperatur südlich von Grönland liegt offenbar daran, dass sich die große Umwälzströmung im Atlantik, die sogenannte Atlantic Meridional Overturning Circulation (Amoc), im 20. Jahrhundert deutlich abgeschwächt hat. Seit 1990 hat sie allerdings wieder ein wenig an Kraft gewonnen. Der Golfstrom ist Teil dieser Umwälzströmung. Schon frühere Studien ließen vermuten, dass sich die Amoc abschwächt und dadurch der nördliche Atlantik abkühlt. "Jetzt haben wir starke Belege dafür gefunden, dass sich dieses atlantische Förderband in den vergangenen 100 Jahren tatsächlich verlangsamt hat, besonders seit 1970", sagt Rahmstorf.

Als Ursache der Abschwächung haben die Forscher den Klimawandel im Verdacht. Durch die Erwärmung schmilzt immer mehr Eis auf Grönland, das als Süßwasser ins Meer fließt. Das verändert die Dichte des Meerwassers und dadurch auch das Strömungsverhalten, schreiben sie. Der Golfstrom wird langsamer.



Der Klimaforscher Martin Visbeck vom Geomar Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel sieht Rahmstorfs Deutung der Ergebnisse aber kritisch: "Die Konzentration der Studie auf den subpolaren Teil des Atlantiks und die spektrale Analyse sind interessant", sagt er. Aber es gebe auch andere Schätzungen der Amoc, die auf einen ganz anderen Verlauf hindeuteten.

Rhein-Zeitung vom 24.3.15

Windpark kommt unter die Räder

Die umstrittenen Windrad-Pläne mehrerer Kommunen sind nicht mit dem Status des Pfälzerwaldes als Biosphärenreservat vereinbar. Das hat das Unesco-Komitee, das über die Einhaltung der Biosphären-Regeln wacht, gegenüber Umweltministerin Ulrike Höfken (Grüne) bekräftigt. "Ich gehe davon aus, dass die Gemeinden die aktuell betrachteten Planungen jetzt nicht weiter verfolgen", sagte dazu die Ministerin.

Mindestens seit Oktober 2013 hat sich das Unesco-Komitee gegenüber der Mainzer Landesregierung "besorgt" über eine "weitere Fragmentierung des Pfälzerwaldes" gezeigt. Schon damals hat das Gremium die Position vertreten, dass nicht nur in der Kern- und Pflegezone, sondern auch im bewaldeten Teil der Entwicklungszone auf Windräder verzichtet werden sollte. Die Entwicklungszone umfasst über 70 Prozent der Fläche des Biosphärenreservates.

Nachdem sich die Windpark-Pläne für die Entwicklungszone zwischen Hauenstein und Landau konkretisierten, präsentierten die Kommunen im Januar dieses Jahres der Komitee-Vorsitzenden Christiane Paulus ihr Vorhaben. Nach Kenntnis dieses Konzeptes spricht das Komitee nun nicht mehr von "sollte verzichtet werden", sondern stellt kategorisch fest: Die Pläne der Kommunen würden "die Unzerschnittenheit des Pfälzerwaldes sowie die hohe ökologische Wertigkeit des Gebiets gefährden".

Das bedeutet aber nicht das vollständige Aus für Windräder in allen Teilen des Pfälzerwaldes. Anders als an den zwischen Hauenstein und Landau diskutierten Standorten seien die Entwicklungszone außerhalb der zusammenhängenden Waldgebiete sowie das vorbelastete Gebiet entlang der Autobahn 6 zu betrachten, so Höfken und Paulus.

Welche Standorte "außerhalb der zusammenhängenden Waldgebiete" gemeint sind, dazu gab es gestern keine näheren Erläuterungen. Auf die Frage, ob die unbewaldete Militärbrache auf dem Langerkopf südlich von Johanniskreuz dazu gehören könnte, erklärte Höfken, die sei aus Gründen der Flugsicherung ausgeschlossen.



Alle Beteiligten hätten mehrfach erklärt, dass der Windpark den Status des Pfälzerwaldes als Biosphärenreservat nicht gefährden dürfe, so Höfken. Außerdem ergebe sich dies auch aus der Naturpark-Verordnung. Die nimmt ausdrücklich Bezug auf die Vorgaben des Biosphären-Programmes der Unesco. Ein Erlass oder eine Änderung des Landesentwicklungsprogrammes (LEP) IV, mit denen ein Windrad-Stopp verbindlich festgeschrieben werden könnte, sind daher laut Höfken nicht nötig. Die landeseigenen Flächen im bewaldeten Teil der Entwicklungszone würden nun nicht mehr für Windkraft zur Verfügung stehen. Kern- und Pflegezone seien schon bisher tabu gewesen.

Höfken zeigte Verständnis für das Windkraft-Engagement der Kommunen. Die Bürgermeister hätten sich um zusätzliche Wertschöpfung bemüht. Sie hätten ihre Windkraftpläne auf Basis des LEP IV berechtigterweise vorangetrieben. Auf mögliche Schadenersatzforderungen der Kommunen angesprochen, meinte die Ministerin, sie hätten sich in ihrer gemeinsamen Landauer Erklärung dazu bekannt, dass der Biosphären-Status beibehalten werden solle.

Theo Wieder (CDU), als Bezirkstagsvorsitzender verantwortlich für den Naturpark Pfälzerwald, zeigte sich erleichtert über das Aus für den Windpark. Damit werde die Position des Bezirksverbandes als richtig und zukunftsweisend bestätigt. Nun beginne aber erst die Arbeit im Biosphärenreservat. Der vom Unesco-Komitee gestellte Aufgabenkatalog solle konsequent abgearbeitet werden.

Rheinpfalz vom 21.2.15

„B 10 und Windräder nicht vergleichbar“

Vertreter der Grünen geben sich seit Wochen überzeugt: Ein weiterer vierspuriger Ausbau der B 10 würde den Status des Pfälzerwaldes als Biosphärenreservat gefährden. Die Grünen berufen sich dabei auf die Äußerungen des Unesco-Komitees zum Thema Windräder. Doch auf Anfrage der Rheinpfalz erklärt die Komitee-Vorsitzende Christiane Paulus jetzt: Der B-10-Ausbau und die Windrad-Pläne können nicht miteinander verglichen werden.

Der Wert des Biosphärenreservates. Pfälzerwald-Nordvogesen resultiert insbesondere aus seinen großen zusammenhängenden Waldflächen", hatte Paulus am 20. Februar in einer gemeinsamen Pressemitteilung mit Umweltministerin Ulrike Höfken (Grüne) erklärt. Daher, so die Komitee-Chefin, seien die Pläne von Kommunen, Windräder im Pfälzerwald aufzustellen, nicht mit seinem Status als Biosphärenreservat vereinbar.



ENERGIE-INFO

SEITE 42

Dieses Votum hat Gewicht: Paulus ist Vorsitzende jenes "MAB-Nationalkomitee" genannten Expertengremiums, das in Deutschland im Auftrag der Unesco über die Einhaltung der Regeln für Biosphärenreservate wacht. Politiker aller Parteien haben stets erklärt, dass sie keinesfalls den Biosphären-Status opfern wollen. Würde doch eine Aberkennung eine Riesenblamage für die Region bedeuten und vermutlich bundesweite Negativschlagzeilen zur Folge haben.

Der Standpunkt der Komitee-Vorsitzenden war eine herbe Enttäuschung für die Grünen. Setzten sie doch seit Jahren alles daran, den Pfälzerwald, allen Widerständen zum Trotz, in ihre Energie-Visionen einzubeziehen. Doch in der gleichen Pressemitteilung, in der Paulus die Windrad-Position des Unesco-Komitees darlegte, suchte Ministerin Höfken aus der politischen Niederlage offensichtlich Kapital für einen anderen Streitfall zu schlagen: Es habe sich gezeigt, dass das Unesco-Komitee großen Wert auf die Unzerschnittenheit des Pfälzerwaldes lege. Damit, so folgerte Höfken, seien "stärkere Restriktionen für Windkraft sowie den weiteren Ausbau der B 10 verbunden".

Auffällig war aber schon damals, dass Paulus in dieser vom Mainzer Umweltministerium verbreiteten Pressemitteilung in Bezug auf die B 10 mit keinem Wort zitiert wurde.

Bei ihrem Landesparteitag Mitte März in Lahnstein fingen insbesondere südpfälzische Vertreter der Grünen den von Höfken ins politische Spielfeld geworfenen Ball auf: "Um durch den B-10-Ausbau den Status des Biosphärenreservates nicht zu gefährden", legten sie einen Dringlichkeitsantrag vor, der einstimmig verabschiedet wurde.

Während aber Höfken in der gemeinsamen Presseerklärung mit Paulus noch vergleichsweise zurückhaltend von "Restriktionen" für einen weiteren Ausbau der B 10 gesprochen hatte, wurde im Antrag verbal aufgerüstet: "Ein Ausbaustopp zwischen Hauenstein und Landau-Godramstein, wie ihn der Koalitionsvertrag formuliert hat, muss verlässlich eingehalten werden." Begründung: "Die Unzerschnittenheit und Ganzheitlichkeit des Pfälzerwaldes darf nicht beeinträchtigt werden." Bemerkenswert war in diesem Zusammenhang, dass im gleichen Antrag ein zweigleisiger Ausbau der parallel zur Bundesstraße verlaufenden, derzeit eingleisigen Schienenstrecke gefordert wurde. Von einem zusätzlichen Bahngleis scheinen nach Überzeugung der Grünen also keine Zerschneidungswirkungen auszugehen.

Schützenhilfe bekamen die Grünen auch von Ausbau-Kritikern aus den Reihen des Naturschutzes sowie der Kommunalpolitik. Höfken hatte Ende März bei einem Pressegespräch in Landau ihre Position bekräftigt, wonach ein B-10-Ausbau mit dem Schutzstatus des Biosphärenreservates nicht vereinbar wäre. "Endlich klare Worte", lobte daraufhin Ulrich Mohr, der südpfälzische Sprecher des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), diese Aussage der Ministerin. Auch Maximilian Ingenthron, SPD-Kandidat für die Wahl des Landauer Oberbürgermeisters, begrüßte die Höfken-Position.



Allerdings entspricht diese Sicht nicht unbedingt der Haltung des Unesco-Komitees, wie eine Nachfrage der RHEINPFALZ ergab. Die Komitee-Vorsitzende Paulus verweist zwar in ihrer Antwort zunächst darauf, dass konkrete Aussagen zum weiteren Fortgang der Ausbauplanungen für die B 10 "zur Zeit nicht möglich" seien. Denn die vom Bundesverkehrsministerium beauftragten Gutachter hätten die Prüfung der von den Ländern für den neuen Bundesverkehrswegeplan beantragten Projekte noch nicht abgeschlossen. Doch dann fügt Paulus zwei entscheidende Sätze hinzu: "Grundsätzlich kann im Hinblick auf die B 10 festgestellt werden, dass bereits eine starke Zerschneidungswirkung mit erheblichen Auswirkungen auf den Pfälzerwald besteht. Insofern kann ein Ausbau der B 10 aufgrund der linienhaften Vorbelastung nicht verglichen werden mit einem punktuellen, erstmaligen Eingriff durch Windenergieanlagen im bewaldeten Teil des Biosphärenreservates Pfälzerwald-Nordvogesen."

Es entspreche jedoch, so Christiane Paulus weiter, dem Stand heutiger Planungspraxis, dass die Zerschneidungswirkungen von Bundesfernstraßen zu ermitteln und zu minimieren sind". Für den Ausbau der B 10 bedeute dies, dass die rheinland-pfälzische Straßenbauverwaltung Querungshilfen wie Grünbrücken oder Unterführungen als "Wiedervernetzungsmaßnahmen" in die Planungen aufzunehmen habe.

Rheinpfalz vom 8.4.15

40 Jahre und noch länger

Das Atomkraftwerk Cattenom ist sicher - davon jedenfalls ist der Direktor der 29 Jahre alten Anlage, Guy Catrix, überzeugt. Und zwar so sehr, dass er davon spricht, dass das in Deutschland und Luxemburg als Pannenkraftwerk verschriene Kraftwerk noch weitere Jahre am Netz bleiben soll.

Als Beleg für die Sicherheit führt Catrix ausgerechnet die 34 offiziell gemeldeten Zwischenfälle im vorigen Jahr an. Nur einer davon sei auf der internationalen achtstufigen Skala (von null bis sieben) für Zwischenfälle in Atomanlagen als Anomalie der Stufe eins eingestuft worden, alle anderen als Zwischenfall der Stufe null (was offiziell als Ereignis ohne oder mit geringer sicherheitstechnischer Bedeutung gilt). Bei keinem dieser Zwischenfälle habe eine Gefahr für die Sicherheit der Anlage bestanden, sagte Catrix bei der Vorstellung der Jahresbilanz der Anlage. Für ihn eben der Beweis, dass die Sicherheitsvorkehrungen funktionieren. Immerhin 13 dieser Zwischenfälle hatten laut Jahresbericht Auswirkungen auf die Umwelt. So sind am 31. Juli zehn Kubikmeter eines Desinfektionsmittels aus dem Kühlkreislauf in eine Betongrube ausgelaufen.



Catrix dämpft die Hoffnungen der Gegner des Kernkraftwerks an der lothringischen Mosel, dass das KKW auf absehbare Zeit doch noch abgeschaltet wird. Man habe ihn nicht darum gebeten, die Schließung Cattenoms vorzubereiten, sagte er bei der Vorstellung der Bilanz.

Erst vorige Woche hatte sich der französische Präsident François Hollande bei seinem Staatsbesuch in Luxemburg nicht festgelegt, Cattenom vom Netz nehmen zu wollen - anders als das ältere Kernkraftwerk Fessenheim im Elsass. Fessenheim soll laut Hollande bis 2017 abgeschaltet werden. Luxemburg fordert zusammen mit Rheinland-Pfalz und dem Saarland seit langem das Aus für Cattenom. Die rheinland-pfälzische Energieministerin Eveline Lemke (Grüne) sieht darin ein Sicherheitsrisiko.

Vor allem die sich häufenden automatischen Abschaltungen von Reaktorblöcken, wie erst vorige Woche, beunruhigen die Gegner. Doch die Warnungen verhalten in Frankreich. In den nächsten zehn Jahren soll weiter in die Instandsetzung der Anlage investiert werden. Vor allem sollen die Erdbebensicherheit und der Hochwasserschutz erhöht werden. Es werde eine Laufzeit von über 40 Jahren angesteuert, um den künftigen Energiebedarf Frankreichs zu decken, heißt es in der Jahresbilanz. 2016 steht die sogenannte Zehnjahresrevision im ersten der vier Reaktorblöcke an. Dafür wird dieser planmäßig von Mai bis September abgeschaltet. Je nach dem Verlauf dieser Überprüfung und der Wartungsarbeiten könnte Cattenom sogar insgesamt bis zu 60 Jahre am Netz bleiben, sagte Catrix.

Im vergangenen Jahr wurden 68 Millionen Euro in den Erhalt der Anlage investiert. Cattenom hat eine zentrale Bedeutung für die Stromproduktion in Frankreich. Mit 36,1 Gigawattstunden produziertem Strom hat das lothringische Kraftwerk 6,6 Prozent des Strombedarfs in Frankreich gedeckt.

Trier. Volksfreund vom 14.03.15

Fracking: „Probebohrung“ am Bundeskanzleramt

Anlässlich der Kabinettsbeschlüsse zur Fracking-Technologie haben heute der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Campact, Deutscher Naturschutzring (DNR), Naturschutzbund Deutschland (NABU), Umweltinstitut München, Robin Wood, PowerShift, die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und die Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten in der EKD (AGU) vor dem Bundeskanzleramt eine symbolische Fracking-Probebohrung vorgenommen. Ihr Protest richtet sich gegen die Absicht von Energiekonzernen, in mehreren Regionen Deutschlands mit dem umstrittenen Fracking Erdgas aus tiefen Erdschichten zu gewinnen. Die Organisationen fordern ein Verbot dieser Technologie.



ENERGIE-INFO

SEITE 45

„Fracking bedroht die Grundwasservorräte, die Böden und schadet dem Klima. Es ist eine Fossil-Technologie von gestern und konterkariert die Energiewende“, sagte Ann-Kathrin Schneider, Energieexpertin beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). „In ganz Deutschland haben sich inzwischen mehr als 2000 Gemeinden gegen Fracking in ihren Regionen ausgesprochen. Die Bundesregierung muss die Sorgen und Proteste der Bürger ernst nehmen und Fracking verbieten“, forderte Schneider.

„Der von der Bundesregierung geplante Rechtsrahmen zu Fracking stellt die privatwirtschaftlichen Interessen der Erdgasindustrie über den vorsorgenden Umweltschutz“, kritisierte Franziska Buch, Energiereferentin am Umweltinstitut München. „Indem die Energiekonzerne mit Fracking die weitere Ausbeutung fossiler Energien vorantreiben wollen, bürden sie der Umwelt und den Menschen die Folgekosten auf“, sagte Buch.

„Die Regierung will Fracking-Bohrungen ermöglichen. Das ist eine Hintertür für Exxon und Co, mit der eine Hochrisiko-Technologie salonfähig gemacht werden soll – die wir für die Energiewende gar nicht brauchen“, so Chris Methmann, Campaigner bei Campact.

„Der Bundestag entmachtet sich selbst, wenn er wesentliche Entscheidungen über Risiken und den Einsatz von Fracking oberhalb von 3000 Metern zu kommerziellen Zwecken einer Expertenkommission überlassen will, deren Neutralität in Frage gestellt werden kann. Dieses Vorgehen ist nach demokratischen Prinzipien nicht zu legitimieren“, sagt Sascha Müller-Kraenner, Geschäftsführer der DUH.

„Um ein Fracking-Ermöglichungsgesetz zu verhindern, sind nun die Abgeordneten des Bundestages gefragt. Sie sind aufgefordert alles daran zu setzen, den Schutz von Mensch, Natur und Wasser umgehend dort nachzubessern, wo die Bundesregierung geschlampt hat. Am Ende trägt jeder Abgeordnete persönlich dafür Sorge, dass die Einwohner, Natur, Seen, Brunnen und Talsperren in seinem Wahlkreis sicher sind“, sagte NABU-Energieexperte Ulf Sieberg.

Sollten die Gesetzesentwürfe zu Fracking heute vom Bundeskabinett beschlossen werden, kündigten die Umweltverbände weitere Proteste vor Ort an möglichen Fracking-Standorten gegen die aus ihrer Sicht inakzeptable Fördertechnik an.

Pressekontakt: Ann Kathrin Schneider, BUND-Klimaexpertin, Mobil: 0151-24087297, bzw. Rüdiger Rosenthal, BUND-Pressesprecher, Tel. 030-27586-425/-489, E-Mail: presse@bund.net; Chris Methmann, Campact e.V.: Mobil: 0163-2605153; Franziska Buch, Umweltinstitut München: Mobil: 0157-34724899; Dr. Philip Bedall, ROBIN WOOD, Mobil: 0160-99783336; Ulf Sieberg, NABU, Mobil: 0173-9001782



Fracking wird nicht komplett verboten

Die Bundesregierung will die umstrittene Methode zur Förderung von Erdöl und Erdgas in porösen Gesteinsschichten mit einem Gesetz grundsätzlich regeln. Dem Vorschlag von Umweltministerin Hendricks hat das Kabinett zugestimmt.

Mit den neuen Regeln solle Fracking so weit wie möglich eingeschränkt, aber nicht ganz verboten werden, sagte Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) gestern in Berlin. Ein pauschales Verbot der Technologie, so argumentierte sie, würde vor Gericht keinen Bestand haben, da die Forschungs- und Gewerbefreiheit im Grundgesetz verankert sei. Firmen soll die wirtschaftliche Förderung allenfalls in Einzelfällen möglich werden.

Das neue Gesetz sieht vor, das Berg- und das Wasserrecht zu verschärfen. Fördervorhaben in Schiefer- und Kohleflözgestein in weniger als 3000 Metern Tiefe sind laut Entwurf zwar in der Regel verboten - nach erfolgreichen Tests unter wissenschaftlicher Begleitung und dem Ja eines Expertengremiums könnte kommerzielles Fracking ab 2019 aber in Einzelfällen erlaubt werden. Das letzte Wort haben die Länderbehörden, die die Empfehlung des Expertenrates vorgelegt bekommen. Diese Öffnung für die Technologie hatten der Wirtschaftsflügel der Union und das Kanzleramt durchgesetzt.

Ein absolutes Frackingverbot soll gelten für Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebiete, Einzugsgebiete von Talsperren und natürlichen Seen, aus denen Wasser für die öffentliche Wasserversorgung entnommen wird, sowie Einzugsgebiete von Wasserentnahmestellen für die öffentliche Wasserversorgung. Damit seien die federführenden Bundesministerien der Hauptforderung von öffentlichen Wasserversorgern, mehreren Bundesländern und der um ihr Trinkwasser besorgten Bevölkerung nachgekommen, betonte Hendricks.

Auch innerhalb der Koalitionsfraktionen von Union und SPD gab es Stimmen, die Nachbesserungen am Gesetzespaket forderten.

Rheinpfalz vom 2.4.15

Brief: Politiker Bouffier an Manager Großmann

Nach dem Reaktorunglück im japanischen Fukushima wurde in Deutschland der Ausstieg aus der Atomenergie vorangetrieben. Acht Atomkraftwerke wurden kurzfristig abgeschaltet, darunter die beiden Reaktoren im hessischen Biblis. Geschah dies auf Anweisung durch den Bund? Oder hat die Landesregierung selbst darüber entschieden? Gegen die Abschaltung geklagt hat der Betreiber RWE.



ENERGIE-INFO

SEITE 47

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hat vor wenigen Tagen betont, sie halte alle Ansprüche von RWE wegen das Abschaltens der Biblis-Reaktoren für unbegründet - und die Klage des Betreibers gegen den Bund für unzulässig. Es habe zu keiner Zeit ein rechtlich relevantes Handeln Berlins gegenüber dem Energiekonzern gegeben. Das Land Hessen seinerseits beharrt darauf, auf Anweisung des Bundes gehandelt zu haben - und deshalb nicht für mögliche Schadensersatzansprüche gegenüber RWE verantwortlich zu sein.

Licht ins Dunkel soll ein Untersuchungsausschuss des hessischen Landtags bringen. Dort wurde gestern der Auftritt des damaligen RWE- Chefs Jürgen Großmann denn auch mit Spannung erwartet. Der Ausschuss wollte von Großmann wissen, was es mit einem Briefwechsel vom Juni 2011 zwischen ihm und dem hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier (CDU) auf sich hatte.

Großmann hatte damals an Bouffier geschrieben, ihm sei doch vom damaligen Kanzleramtschef Ronald Pofalla (CDU) ein Schreiben versprochen worden, dass die Politik nach einem dreimonatigen Atom-Moratorium ein Wiederanfahren des Atomkraftwerks Biblis nicht dulden werde. Dieses Schreiben, so Großmann weiter, hätte er jetzt gerne. Woraufhin Bouffier tatsächlich ein solches Schreiben an den RWE-Chef sandte.

Seitdem hat die schwarz-grüne Landesregierung ein Problem, denn die Opposition kritisiert, hier liege eine völlig unzulässige "Kumpanei" zwischen Bouffier und RWE vor. So habe Bouffier dem Energiekonzern eine Grundlage für die Klage gegeben.

Dem widersprach Großmann: Nein, Absprachen habe es nicht gegeben. Allerdings habe er ein Abendessen für Pofalla in seinem Hamburger Haus gegeben, räumte Großmann ein. Beide Ehefrauen seien dabei gewesen. Gesprochen habe man aber nur "allgemein über Energiefragen".

Was Großmann sonst noch sagte, war durchaus brisant. Denn RWE hatte am 1. April 2011 eine Schadensersatzklage gegen das Land Hessen auf rund 230 Millionen Euro eingereicht - weil Biblis nicht wieder angefahren werden durfte. Das Atomkraftwerk Biblis sei damals gerade für viel Geld modernisiert worden, berichtete Großmann: "Es war für mich wichtig zu wissen: Können wir mit dem Wiederanfahren Geld verdienen?" Das Schreiben "gab mir Rechtssicherheit", sagte Großmann weiter: "Ich wollte das schriftlich haben, schwarz auf weiß."

Die CDU versucht seit Wochen, Bouffiers Brief als rein "politisches Schreiben" ohne rechtliche Relevanz herunterzuspielen, doch mit Großmanns Aussagen dürfte diese Sicht nicht mehr zu halten sein. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat eben jenem Brief in einem Zwischenurteil zur Schadensersatzklage durchaus Relevanz eingeräumt. Der Brief sei für RWE ganz offensichtlich "ein wichtiger Beweis in ihrer Argumentationskette", sagte denn auch SPD-Obmann Norbert Schmitt: "Der Ministerpräsident ist in eine Falle gelaufen, die RWE ihm gestellt hat."



Und noch von einer anderen Seite droht der Hessen-CDU Ungemach: Ihre damalige Umweltministerin Lucia Puttrich hatte stets behauptet, sie habe die Stilllegungsverfügung für das Moratorium vom Bund im Wortlaut vorgegeben bekommen. Es sei eine Weisung des Bundes gewesen. Dem widersprach gestern vor dem Ausschuss der früher im Bundesumweltministerium zuständige Abteilungsleiter Gerald Hennenhöfer: "Gegen eine formelle Weisung haben wir (der Bund, Anm. d. Red.) uns immer gewehrt", sagte er. Das Schreiben des Bundes sei lediglich "eine Formulierungshilfe" gewesen. Denn eine solche Weisung, sagte Hennenhöfer, hätte ja "eine etwaige Haftung auf den Bund" verlagert.

Die Linke sprach von einem "unwürdigen Schwarze-Peter-Spiel auf Kosten der Steuerzahler." Der Ausschuss will nun Ronald Pofalla vorladen, der heute im Management der Bahn arbeitet.

Rheinpfalz vom 14.2.15

Atommüll bleibt noch Jahrzehnte ungesichert

2022 soll das letzte deutsche Atomkraftwerk vom Netz gehen - diese Frist ist überschaubar. Aber: Das Endlager für den Atommüll soll erst frühestens 2045 in Betrieb gehen. Die Suche nach dem richtigen Standort, an dem für mindestens eine Million Jahre die hoch radioaktiven Stoffe völlig abgeschottet sicher sind, könnte erst 2031 abgeschlossen sein. Die Einlagerung des extrem gefährlichen Mülls soll sich "im günstigsten Fall" bis 2075, wenn nicht sogar im Extremfall bis 2130 hinziehen. Diese erschreckend klingenden Prognosen nennt der Präsident der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Ulrich Kleemann (Grüne), im Gespräch mit unserer Zeitung. Er gehört als Geologe der beim Bundestag angesiedelten Endlager -Suchkommission an, die diese Zeitschiene skizziert hat.

Von einem Ende der deutschen Atomära in absehbarer Zeit kann nach dem beschleunigten Ausstieg nach der japanischen Katastrophe von 2011 also keine Rede sein. "Das Problem der sicheren Endlagerung wird noch zwei Generationen von Geologen in Zukunft beschäftigen", sagt Kleemann.

Für ihn und die gesamte Kommission zeichnet sich die Brisanz ab, dass in den Zwischenlagern an den Atomkraftwerken der hoch radioaktive Müll länger als 40 Jahre bleiben muss, ehe er in endlagerfähige Behälter verpackt werden kann. Dies dürfte, wie Kleemann erwartet, rund um die Standorte für Zündstoff sorgen. Aber eine längere sogenannte Abklingzeit der Brennstäbe in Zwischenlagern sei ohnehin notwendig, sagt Kleemann. Landet der Atommüll am Ende in Tonschichten, darf seine Temperatur nicht über 100 Grad liegen, im Salzstock nicht über 200 Grad.



Eigentlich sind neben den Zwischenlagern auch die Castorbehälter nur für eine Lebensdauer von 40 Jahren ausgelegt. Aber Kleemann weist die Sorge zurück, dass die Castoren womöglich undicht werden könnten. "Sie sind schon sehr stabil und robust", versichert der Grüne und sieht keine Gefahr. Bei Tests müssten die Behälter beispielsweise auch den Aufprall eines Zuges aushalten. Bis Mitte 2016 soll die Kommission in einem Abschlussbericht die Kriterien für die Endlagersuche festlegen. Dieser Zeitplan ist für Kleemann "alternativlos", damit die umfangreiche, aber ergebnisoffene Standort-suche nicht noch weiter hinausgeschoben wird und 2017 beginnen könnte.

"Ganz wichtig" ist dem früheren technischen Geschäftsführer des Atommülllagers Asse II bei Wolfenbüttel aus bitterer Erfahrung, dass das Verfahren "für die Öffentlichkeit transparent und nachvollziehbar" abläuft und von Wissenschaftlern kritisch begleitet wird. Asse darf sich nicht wiederholen", betont Kleemann. Das alte und später abge-soffene Salzbergwerk Asse wurde von Politikern ohne Sicherheitsanalysen ausgesucht. Zudem wurden alle Warnungen von Forschern in den Wind geschlagen.

Der Vorsitzende der Endlager-Suchkommission, Michael Müller, schließt nicht mehr aus, dass die Kosten für eine aufwendige Standortsuche und die Endlagerung auf 50 bis 70 Milliarden Euro ansteigen. Die Atomkraftwerksbetreiber, die 2022 ihr altes Geschäftsmodell verlieren, hätten aber nur 38 Milliarden Euro dafür zurückgelegt. Deshalb gibt es Überlegungen des Bundeswirtschaftsministeriums, die Rücklagen in einem öffentlichen Fonds zu sichern. Auch Kleemann sieht auf den Steuerzahler erhebliche Risiken zukommen und könnte dieser Fondslösung zustimmen. Damit könnten Rücklagen auch für den Fall gesichert werden, dass ein Energiekonzern pleitegeht. Zudem befürchtet er, dass die Energiekonzerne die Rückbaukosten zu knapp kalkuliert haben könnten.

Der beschleunigte Atomausstieg, den Kanzlerin Angela Merkel (CDU) nach der Katastrophe von Fukushima und vor zwei wichtigen Landtagswahlen 2011 forciert hatte, könnte ohnehin für den Steuerzahler noch teuer werden. EON, Vattenfall und RWE fordern Schadensersatz in Milliardenhöhe, weil die schwarz-gelbe Bundesregierung wenige Monate vor der japanischen Atomkatastrophe die Laufzeiten der Meiler noch verlängert hatte.

Rhein-Zeitung vom 24.4.15

WAK will Lager für Atommüll erweitern

Weil das Lager für Atommüll im ehemaligen Kernforschungszentrum in Eggenstein-Leopoldshafen (Kreis Karlsruhe) fast voll ist, soll es ausgebaut werden. Die beiden Lagerhallen für schwach- und mittelradioaktive Abfälle müssten bis 2020 erweitert werden. Das sagte gestern ein Sprecher der Firma WAK, die für den Rückbau des Zent-



rums zuständig ist. Unterm Strich werde es durch den Ausbau auf dem Gelände aber nicht mehr radioaktiven Abfall geben. Der Müll stamme ausschließlich vom Kernforschungszentrum, von außen komme kein Atommüll dazu.

Die Kosten der Erweiterung werden auf 50 Millionen Euro geschätzt, zunächst müsste aber der Gemeinderat zustimmen. Seit den 1990er Jahren ist WAK mit dem Rückbau des stillgelegten Zentrums auf dem Nordcampus des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) beschäftigt. Endgültig ist der Müll für das vom Bund geplante Endlager im Schacht Konrad bei Salzgitter (Niedersachsen) vorgesehen. Dies verzögert sich aber immer wieder. Nach aktuellen Schätzungen soll das Lager frühestens 2023 fertig werden.

Rheinpfalz vom 4.3.15

Vier Jahre nach Fukushima: Schrecken ohne Ende

Nichts wünscht sich Hideo Takahashi so sehr wie die Rückkehr in sein altes Zuhause. Als am 11. März 2011 ein Erdbeben der Stärke 9,0 und ein gewaltiger Tsunami den Nordosten Japans verwüstete und es im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi zum Größten anzunehmenden Unfall (GAU) kam, musste Takahashi mit seiner Familie fliehen. Die Flutwelle beschädigte oder zerstörte mehr als eine Million Gebäude und hinterließ fast 19.000 Todesopfer und Vermisste. Takahashis eigenes Haus blieb zwar unbeschädigt, doch sein Heimatdorf Iitate, nur 30 Kilometer von der Atommine entfernt, wurde wegen der radioaktiven Strahlung evakuiert.

"Es heißt, die Dekontaminierung in Iitate sei bald abgeschlossen", erzählt der inzwischen 64 Jahre alte Landwirt. Er lebt heute, vier Jahre nach der Katastrophe, mit seiner Frau und seiner pflegebedürftigen Mutter in einem Wellblechgebäude am Rande der Provinzhauptstadt Fukushima. Mit seinem schönen Haus in Iitate ist es nicht zu vergleichen. Immerhin ist es hier aber geräumiger als in den containerähnlichen Behelfsunterkünften, in denen weiterhin Zehntausende Überlebende des Tsunamis sowie viele andere Atomflüchtlinge hausen müssen.

"Das Schlimmste ist die Unsicherheit über die Zukunft", sagt Takahashi. Dabei wird die Regierung des atomfreundlichen Ministerpräsidenten Shinzo Abe nicht müde, aller Welt zu versichern, dass der Wiederaufbau vorankomme und die Lage in der Atomruine unter Kontrolle sei. Die Realität sieht jedoch komplizierter aus. Rund 120.000 Bewohner Fukushimas sind wegen der Angst vor Strahlung noch immer Flüchtlinge. Zwar hat die Regierung die Evakuierungsanordnung in einigen Gebieten der Provinz aufgehoben, doch immer mehr Flüchtlinge verlassen ihre Heimat und wollen woanders ein neues Leben beginnen. Viele beklagen, die Dekontaminierung der Region verlaufe zu langsam.



ENERGIE-INFO

SEITE 51

Immerhin gibt es in der Atomruine Fortschritte. Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA haben gerade dieser Tage erst wieder die andauernden Aufräumarbeiten im AKW Fukushima untersucht. Sie kamen zu einem positiven Ergebnis. "Japan hat seit unseren vergangenen Missionen im April und Dezember 2013 signifikante Fortschritte gemacht", erklärte Teamleiter Juan Carlos Lentijo. Die Säuberungsmaßnahmen hätten in vielen Teilen des Geländes der Atommine die Strahlenwerte deutlich reduziert.

Zudem gelang es dem Atombetreiber Tepco, die abgebrannten Brennstäbe aus dem Reaktorgebäude 4 vollständig zu bergen. Zudem äußerte sich das IAEA-Team lobend über die zumindest schon teilweise gelungene Umleitung des Grundwassers um die Reaktorgebäude herum. Dennoch stehen die 6000 Arbeiter, die täglich in der Atommine im Einsatz sind, weiter vor gewaltigen Schwierigkeiten. "Die Situation bleibt sehr komplex und die Beseitigung des Brennstoffes stellt eine riesige langfristige Herausforderung dar", sagte Lentijo. Japan verfügt weder über Zwischen- noch Endlager für die hochgradig radioaktiven Abfälle.

Hinzu kommt das gewaltige Wasserproblem. Das Gelände des Atomkraftwerks ist mit Tanks übersät, in denen Millionen Liter verstrahlten Wassers aus der Kühlung der Reaktoren lagern. Tagtäglich fallen 300 bis 400 Tonnen kontaminiertes Grund- und Kühlwasser an. Mithilfe eines Filtersystems, das strahlendes Wasser von allen radioaktiven Isotopen bis auf Tritium säubert, will Tepco bis Mai das gesamte Wasser gereinigt haben - zwei Monate später als geplant.

Doch es gibt immer wieder Rückschläge. So wurde kurz vor dem 4. Jahrestag der Katastrophe bekannt, dass Tepco monatelang verheimlicht hatte, dass verseuchtes Regenwasser in den Pazifik gelangte. Die von dem Atomunfall besonders schwer betroffenen Fischer von Fukushima reagierten entsprechend wütend: "Unser Vertrauensverhältnis ist zerstört", wettete Fischereiverbandschef Hiroyuki Sato.

Der Ärger kam just zu einem Zeitpunkt auf, da die Fischer darüber berieten, ob man Tecpos Plan akzeptieren soll, von Strahlen gereinigtes Grundwasser in den Ozean abzuleiten - eine Maßnahme, die auch die IAEA empfiehlt. Denn langsam geht der Platz für neue Tanks aus.

Reaktoren sollen wieder ans Netz Doch trotz all der Probleme und der Tatsache, dass sich eine Mehrheit der Bürger gegen ein Wiederanfahren der abgeschalteten Atomreaktoren ausspricht, will die rechtskonservative Regierung Abe schon bald die ersten wieder in Betrieb nehmen. Vier der 48 kommerziellen Reaktoren in Japan haben bereits grünes Licht bekommen, nachdem sie die neuen, verschärften Sicherheitsauflagen laut der Atomaufsichtsbehörde erfüllt haben.



Bauer Takahashi hat dafür keinerlei Verständnis. "Ich begreife so etwas nicht", sagt er und schüttelt den Kopf. Die Regierung wolle, dass Anwohner wie er schnell zurückkehren, um den Eindruck von Normalität zu erwecken. Doch viele haben die Hoffnung auf eine Rückkehr aufgegeben. "Immer mehr haben sich woanders eine Bleibe gesucht", erzählt Takahashi. Er sei der wohl Einzige, der in Iitate wieder als Bauer arbeiten will. Es seien nur die Alten, die bleiben. "Die Jungen kommen nicht mehr zurück. Unser Dorf wird bald verschwinden."

Die Katastrophe in Zahlen

Ein Erdbeben und eine Flutwelle haben am 11. März 2011 zum Atomunfall im japanischen Fukushima geführt. Die Katastrophe in Zahlen:

- 9,0 erreichte das Beben auf der Richterskala. Damit war es das schwerste in Japans bisheriger Geschichte.
- 30 Meter hoch war der Tsunami in der Spitze. Er verwüstete mehr als 260 Küstenstädte.
- 40 Jahre kann es laut Betreiber Tepco dauern, bis das Kraftwerk endgültig gesichert ist.
- 11.500 Tonnen radioaktiv verseuchtes Wasser wurden ins Meer geleitet.
- 19.000 Menschen starben durch die Flut oder werden noch vermisst.
- 1 Million Häuser wurden komplett zerstört oder beschädigt.

Stromerzeuger setzen Politik unter Druck

Im oberbayerischen Irsching, in der Nähe von Ingolstadt, steht eines der modernsten Gaskraftwerke Europas. Doch der Betrieb der Anlage lohnt sich nicht. Nun wollen die Betreiber zwei Blöcke stilllegen.

Ist es nur eine leere Drohung, um in letzter Minute noch Zugeständnisse seitens der Politik zu erreichen? Oder meinen es der Energieriese Eon sowie die Stromversorger Mainova, die Nürnberger N-Ergie und die Darmstädter HSE ernst? Gestern kündigten sie offiziell an, Block 4 des Gaskraftwerks Irsching sowie Block 5 am 1. April 2016 abzuschalten.

Schon länger gibt es Wirbel um Irsching. Schließlich ist eine paradoxe Situation entstanden: In Zeiten des Klimaschutzes und der Energiewende soll Erdgas eigentlich als Übergangslösung dienen - bis man komplett auf fossile Energieträger verzichten kann. Gas hat gegenüber Kohle und Öl den Vorteil, dass beim Verbrennen sehr viel weniger klimaschädliche Gase wie Kohlendioxid freierwerden. Da Erdgas als Brennstoff jedoch teurer ist als Kohle, fahren viele Energieversorger ihre Gasanlagen derzeit zurück, während ihre Kohlekraftwerke gut ausgelastet sind.



Bayerns Ministerpräsident will keine Stromtrassen, er setzt auf Gaskraftwerke. Der Betrieb der Gaskraftwerke ist aber auch deswegen schwierig geworden, weil es inzwischen zu bestimmten Tages- und Jahreszeiten ein großes Angebot, manchmal Überangebot, an Wind- und Solarstrom gibt. Mit dem Ergebnis, dass die Strompreise an der Börse auf den tiefsten Stand seit Jahren gefallen sind - und die Gaskraftwerke sich deswegen noch weniger rentieren.

Dass die Blöcke 4 und 5 in Irsching nicht schon früher abgeschaltet worden sind, verdanken sie einer Sonderregelung (für die letztlich die Stromkunden in die Tasche greifen müssen): Eon & Co. bekommen je Block pro Jahr und noch bis 31. März 2016 einen zweistelligen Millionenbetrag. Denn die Blöcke 4 und 5 stehen sozusagen Gewähr bei Fuß: Immer wenn das Stromnetz stabilisiert werden muss (beispielsweise wenn gerade Windstrom fehlt), springen die Generatoren im Gaskraftwerk an.

Offenkundig versuchen die Irsching-Betreiber nun mit ihrer Stilllegungsankündigung Druck aufzubauen: Damit der Sondervertrag verlängert wird und die Subventionen weiterlaufen. Würde die zuständige Bundesnetzagentur, die dem Bundeswirtschaftsministerium untersteht, eine Stilllegung untersagen, ohne zugleich für die Kosten aufzukommen, wollen die Betreiber vor Gericht ziehen.

Im Fall "Irsching" kommt es indes noch zu einer weiteren Volte. Denn Irsching liegt in Bayern, wo sich Ministerpräsident Horst Seehofer angesichts des Widerstandes von Bürgern vehement gegen den Bau zweier Hochspannungstrassen ausgesprochen hat. Diese "Stromautobahnen" sollen den im Überfluss vorhandenen Windstrom aus dem Norden ins industriestarke Bayern transportieren. Dorthin, wo in den nächsten Jahren ein Atomkraftwerk nach dem anderen vom Netz geht.

Wenn die Nord-Süd-Leitungen nicht gebaut werden sollten, droht eine Stromlücke. Seehofer hat indes schon (s)eine Lösung präsentiert: Gaskraftwerke. Um deren Generatoren rentabel zu betreiben, müssten sie allerdings - siehe oben - über den Strompreis subventioniert werden. Wozu die restlichen Länder und der Bund (noch) nicht bereit sind. Man könnte also die Vermutung anstellen: Die Stilllegungspläne der Irschinger Eigentümer sind zum richtigen Zeitpunkt bekanntgeworden...

Rheinpfalz vom 31.3.15

Den Genossen ein Bein gestellt

Landauf, landab haben sich Energiegenossenschaften gegründet, die die Energiewende vorantreiben und die Bürger daran beteiligen wollen. Doch inzwischen hat das Kapitalanlagegesetz sie ausgebremst. Ein Problem, mit dem auch die VR Energiegenossenschaft Südpfalz zu kämpfen hat.



ENERGIE-INFO

SEITE 54

Ein gewisses Unbehagen über die nur geringe Anzahl großer Energieversorger in der Bundesrepublik hat es seit Jahren gegeben. Trotz Liberalisierung des Strommarktes fühlten sich viele Kunden ihnen ausgeliefert. Doch längst nicht jeder konnte sich mit der eigenen Solaranlage ein Stückchen Unabhängigkeit erkaufen. Mal fehlte das Dach, mal das nötige Kapital.

Abhilfe versprachen Energiegenossenschaften, an denen man sich schon mit kleinen Summen beteiligen konnte. Doch aufgrund einer Änderung des Kapitalanlagegesetzes sind deren Möglichkeiten inzwischen erheblich eingeschränkt. Christoph Ochs, Vorstandsvorsitzender der VR Bank Südpfalz, sieht die Politik gefordert.

Der Grund: Den Energiegenossenschaften hat die Prokon-Pleite einen Strich durch die Rechnung gemacht. Das Unternehmen hatte Beteiligungen an Windpark-Fonds angeboten, was die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als Kapitalanlagegeschäft wertet. Zum Schutz der Anleger gelten seither hohe Auflagen für Investmentfonds - und darunter fallen nach BaFin-Lesart auch die Energiegenossenschaften, selbst wenn dort Experten mit Bankleiterlizenz in den Vorständen sitzen.

Zwar könnte die Energiegenossenschaft selbst ein Windrad errichten und betreiben. Doch erstens ist eine Fünf-Millionen-Euro-Investition eine Nummer zu groß, und zweitens will sich die Genossenschaft zum Schutz ihrer Kleinanleger lieber an mehreren Anlagen in unterschiedlichen Regionen beteiligen. "Wir wollen einen Risikomix", betont Bernhard Wagner, Prokurist der VR Bank Südpfalz. Er ist neben Raimund Schilling der zweite gleichberechtigte Vorstand der Genossenschaft und folgt in dieser Funktion auf Dieter Zeiss, der in den Ruhestand gegangen ist. Doch genau der angestrebte Risikomix ist nun - zumindest vorerst - nicht mehr zulässig. Das Problem sei auch durchaus erkannt, aber eine schnelle Lösung in Form einer "Lex Energiegenossenschaft" sei nicht in Sicht, sagt Ochs. Zum Glück für die Genossen gibt es zumindest Bestandschutz für bestehende Beteiligungen. Darunter fallen Anteile an einem Windpark im rheinhessischen Flomborn.

Die Bank hat sich schon 2010 lange vor der Reaktorkatastrophe von Fukushima im Jahr 2013, mit etlichen Partnern auf den Weg gemacht. Seitdem versuchen die drei Volks- und Raiffeisenbanken aus der Region zusammen mit Stadt- und Verbandsgemeindewerken, regionalen Versorgern und dem auf Windkraftanlagen spezialisierten Unternehmen Juwi aus Wörrstadt in Rheinhessen, einen dezentralen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Ganz wichtige Partner dabei sind fast 600 Bürger, die einen Anteil von jeweils 1000 Euro gezeichnet haben. Dafür gab es im vergangenen Jahr 2,5 Prozent Dividende.

Bisher hat die Energiegenossenschaft nach Angaben Schillings bereits für 2,8 Millionen Euro 13 Photovoltaik-Anlagen installiert, die rund 1300 Menschen mit Strom versorgen können. Die Solarpaneele sind auf großen angernieteten Dächern montiert, vom La Ola in Landau über Raiffeisenlager in Kirrweiler und Ilbesheim bis hin zur Tullahalle und



Feuerwache in Wörth. "Dadurch wird ein jährliche Kohlendioxid-Ausstoß in Höhe von 720 Tonnen vermieden", sagt Wagner.

Allerdings ist die Förderung von Solarstrom von einst 54 auf nun nur noch elf Cent pro Kilowattstunde abgesenkt worden, weshalb es nach einer im September 2013 ans Netz gegangenen Solaranlage in Rülzheim keine weitere gegeben hat. Abhilfe sollten die nun auf Eis liegenden Investitionen in Windparks bringen. Zwei Wasserkraft-Projekte hätten sich wegen der geringen Fließgeschwindigkeit der Queich nicht gerechnet, bedauert Schilling. Nach Wagners Angaben ist die Bürgerenergiegenossenschaft nun mit Kommunen im Gespräch, die den Rückkauf ihrer Stromnetze erwägen.

INFO: VR Energiegenossenschaft Südpfalz, Waffenstraße 15 in Landau, Telefon 06341 55605000; im Internet: www.vr-energiegenossenschaft.de

ZITIERT: "Bei lukrativen Projekten bleiben die Bürger häufig außen vor und die Gewinne werden von großen Investoren abgeschöpft. Wir setzen uns dafür ein, dass die Wertschöpfung aus den Windkraftanlagen in der Region bleibt und die Südpfälzer Bürger am wirtschaftlichen Erfolg beteiligt werden." Nachzulesen auf der Homepage der Bürgerenergiegenossenschaft Südpfalz - auch wenn das Ziel derzeit nicht einlösbar ist.

Rheinpfalz vom 28.1.15

Energieagentur schrumpft

Die 2012 gegründete Energieagentur des Landes mit Sitz in Kaiserslautern erhält ab 2016 deutlich weniger Geld und weniger Personal für ihre "Kernaufgaben". Das kündigte Wirtschaftsstaatssekretär Uwe Hüser (Grüne) gestern an. Vorausgegangen war eine Evaluation der Energieagentur. Deren neuer Geschäftsführer Thomas Pensel will die Arbeit "messbarer" machen.

"Die Leute sind nicht daran interessiert zu hören, wie gut die Energiewende ist", sagte Hüser. Deshalb sollen die Zielgruppen künftig konkrete und praktisch umsetzbare Tipps erhalten. Im vergangenen Jahr hatten das Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT), Berlin, und das Trierer Institut für Mittelstandsökonomie (Inmit) die Arbeit der Energieagentur in der Gründungsphase bewertet. "Als Ideenlieferant und 'Nutzenstifter' für konkrete Projekte tritt sie (die Energieagentur) im Unternehmensbereich eher nicht auf", lautet eine Bewertung. Die Auswirkungen der Arbeit der Agentur sei "statistisch nach zwei Jahren noch nicht nachweisbar", heißt es an anderer Stelle des Berichts. Immerhin sei das Projekt: "Energiesparen in Kirchen" positiv bei den Zielgruppen angekommen.



ENERGIE-INFO

SEITE 56

Der Bericht ist freundlich formuliert, aber in der Kritik eindeutig. Die ersten Handlungsempfehlungen lauten, die Energieagentur solle ihr Profil im Außenverhältnis schärfen, außerdem solle sie proaktiv Impulse setzen und neue Themen besetzen." In der offiziellen Lesart des Wirtschaftsministeriums heißt dies: "Evaluationsbericht bescheinigt der Energieagentur gute Arbeit und eine zukunftsfähige Aufstellung." So steht es zumindest in der Überschrift der Pressemitteilung.

Staatssekretär Hüser räumte erst auf Nachfrage ein, welche drastischen Maßnahmen das Ministerium nun ergreift: So wird der Jahresetat aus dem Wirtschaftsministerium ab 2016 von bisher sieben auf vier Millionen Euro sinken. Für die "Kernaufgaben", wie Hüser es nannte, würden nur noch 40 statt der aktuell 65 Beschäftigten benötigt. Die neun Regionalagenturen, von denen drei an vier Standorten in der Pfalz sind, bleiben bestehen. Für weitere Projekte sollten Drittmittel, etwa aus EU-Geldern oder vom Bauministerium, das bei Finanzministerin Doris Ahnen (SPD) angesiedelt ist, eingeworben werden. Von Unternehmen allerdings soll die Energieagentur wegen ihres anbieterunabhängigen Auftretens kein Geld annehmen, sagte Hüser. Mit Drittmitteln solle es möglich sein, das derzeitige Personal zu halten. Festangestellt seien aktuell 29 Personen, die übrigen Verträge seien auf zwei Jahre befristet.

Für den im Dezember bereits angekündigten neuen Geschäftsführer Thomas Pensel (59) sei dies eine "sehr sportliche Herausforderung" sagte Hüser. Pensel, der bisher Koordinator für den Klimaschutz der Stadt Mainz war und Mitglied der Grünen ist, gab sich zuversichtlich, die Aufgabe erfüllen zu können. Die Energieagentur werde dauerhaft ihre Berechtigung haben, sagte er an seinem dritten Arbeitstag. In der Mitarbeiterversammlung ersten Tag habe er eine positive Resonanz und eine Aufbruchsstimmung erfahren.

Die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern forderte, die Doppelstrukturen der Energieagentur zu bestehenden Beratungsangeboten und privaten Anbietern aufzulösen. Der energiepolitische Sprecher der CDU im Landtag, Martin Brandl, sah seine Kritik bestätigt: Die Energieagentur sei von vornherein eine Fehlinvestition gewesen.

INFO: Evaluationsbericht: www.mwkel.rlp.de (Energie, Energieagentur-Rheinland-Pfalz)

Rheinpfalz vom 5.2.15

